

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918**  
**3 (1889)**

33 (17.3.1889)

# Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,  
für Politik und Unterhaltung.

Expedition: Vant-Wilhelmshaven, Adolfsstraße Nr. 1.

Erscheint  
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.  
Inserate:  
die viergespaltene Zeile 10 Pf.  
bei Wiederholungen Rabatt.

### Abonnement:

bei Vorauszahlung frei in's Haus:  
vierteljährlich . . 1 Mt. 50 Pf.  
für 2 Monate . . 1 „ „  
für 1 Monat . . 50 „  
ergl. Postbefreiung.

### Politische Rundschau.

Vant, 16. März.

Berlin. Dem Reichstage wird kein weiteres Material zur Arbeiterversicherung zugehen und die Novelle zur Krankenversicherung, welche die Thronrede angeündigt hatte, erst in der nächsten Session erscheinen.

Im Reichstage kam gestern, Freitag, der Nachtragsetat zur ersten Beratung. Nach längerer Debatte, an der sich auch der Abg. Bebel beteiligte, wurde der Etat einer Kommission überwiesen.

Sozialrevolutionäres. Wie es scheint, sind die Rothschilds ausserhalb, an sich selbst die sozialpolitische Gemeingefährlichkeit des modernen Großkapitals vor aller Welt blozulegen und die europäische Gesellschaft zu der Erkenntnis zu bringen, daß sie sich von diesem Alp befreien muß.

Ein so unerhörtes Waaren-Großhändler, wie ihn die Rothschilds und ihre Gesellschaft mit ihrer Monopolisierung zu praktizieren suchen, kann nirgends geduldet werden, wo das Gemeinwohl oben steht, wo Recht und Sitte geachtet werden.

Wir haben, wie schon aus den Anführungszeichen („Gänsefüßchen“) zu ersehen ist, diese Sätze, die durchaus unsere Zustimmung haben und ganz dem sozialdemokratischen Programm entsprechen, nicht selber geschrieben, sondern einem anderen Blatte entnommen, welches keine Furcht vor dem Sozialistengesetz zu haben braucht.

Nämlich unserer alten Bekannten: der „Leipziger Zeitung“. Die zitierten Sätze finden sich in einer Korrespondenz über den „Kupfering“, welche die Redaktion ohne irgend eine verwahrende oder einschränkende Bemerkung in dem redaktionellen Theil abdruckt, wodurch die Zustimmung mit genügender Deutlichkeit bekundet wird.

Also das moderne Großkapital besitzt eine „sozialpolitische Gemeingefährlichkeit“! Kein Zweifel! Uns aus der Seele gesprochen. Und Sozialdemokraten haben es schon hundertmal gesagt, allein die Schriften und Zeitungen, in denen es steht, sind meistens dem Sozialistengesetz zum Opfer gefallen.

Es versteht sich gegen „Recht und Sitte“ und kann „nirgends geduldet werden“, wo das Gemeinwohl oben ansetzt. Bravo! Aber nun eine Frage: Ist das „moderne Großkapital“ bloß schädlich in den Händen eines Rothschild oder eines sonstigen „Semiten“ (der nicht Weichröder heißt)?

Hat die Klasse oder Nationalität des Besitzers etwas mit der „Gemeingefährlichkeit“ des Großkapitals zu thun? So albern wird die „Leipziger Zeitung“ nicht sein, dies zu behaupten. Nein, die Gemeingefährlichkeit des Großkapitals ruht in der fürchterlichen Gewalt der Ausbeutung, welche es dem Besitzer verleiht.

Und diese Gewalt ist bei dem christlichen Großkapital genau so „gemeingefährlich“ wie bei dem jüdischen und bei dem industriellen und landwirtschaftlichen genau wie bei dem kommerziellen. Und es wird sich sehr leicht nachweisen lassen, daß die Ausbeutung durch das industrielle und landwirtschaftliche Großkapital bei weitem umfangreicher ist als die durch das kommerzielle Großkapital.

Und was insbesondere die Rothschilds betrifft, auf welche die „Leipziger Zeitung“ es abgesehen hat, so haben dieselben in den letzten zehn Jahren sicherlich keine so guten Geschäfte gemacht als unsere christlich-germanischen Agrarier, Krupp und König Stamm.

Die Voraussetzung, daß unter dem Kupfertrach in Paris eine große Anzahl kleiner Kapitalisten zu leiden hätte, ist eine irrige, es ist feststehend, daß diesmal die großen Börsengänge auf der selbst gelegten Leinwand blieben, ehe es ihnen gelang, die Flügel frei zu bekommen.

Rothschild's Schwiegersohn hat enorme Summen verloren, für die der Schwiegerpapa einigermaßen Ersatz gefast hat. Andere Finanzgrößen sind nicht besser gefahren. Die Weiser-Zig. bemerkt zu dem Arah: „Es ist ein Glück für die Welt, daß die Eisenblase platzt ist und sich nicht in einen Goldstumpfen verwandelt hat. Ein glücklicher Erfolg hätte sicherlich zur Nachahmung auf allen möglichen anderen Gebieten des Weltmarktes gereizt, und die unglücklichen Konsumenten wären von einem Schornaar verschiedenartigster Monopolgesellschaften ausgebeutet worden.

Schlimmer noch als die wirtschaftliche wäre die moralische Wirkung gewesen, wenn dieser Mißbrauch der Kapitalmacht Erfolg gehabt hätte. Die ganze bürgerliche Gesellschaft würde in ihrem Rechtsgesühl monden geworden sein. So lange das Kapital sich als ein Förderer der Produktion und ein Verbrauchter der Arbeit (?) betätigt, läßt es sich leicht gegen den Ansturm der sozialistischen Lehren verteidigen.

Wenn es dagegen als ein Feind der menschlichen Gesellschaft auftritt, wird es auch dem gewandtesten Anwalt schwer, den verdamnenden Spruch von dem Haupte des Angeklagten abzuwenden. Wir müssen uns freuen, daß diesmal die Schuldigen selbst das Strafgericht an sich vollzogen haben.

„Mißbrauch der Kapitalmacht“, „Feind der menschlichen Gesellschaft“ — da

erklären wir uns mit einverstanden. Diese Mißbräuche sind aber das notwendige Produkt des gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustandes, will man den Mißbrauch abschaffen dann muß man auch das System beseitigen, davon wird aber die „W. Z.“ nichts wissen wollen.

Vosen. Als Reichstagskandidat für den verstorbenen Abgeordneten Mogdzinski ist vom polnischen Wahlkomitee Rechtsanwalt Dr. von Dziembowski hierselbst aufgestellt worden.

### Frankreich.

Paris. Heute Morgen nahmen einige dreißig Polizeikommissare der Stadt Paris und des Departements der Seine 60 Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Patriotenliga vor; ebenso erfolgten in der Provinz Hausdurchsuchungen.

### Belgien.

Brüssel. Der Streik in Quenast wird mit neuer Kraft fortgesetzt, nachdem am Sonnabend auch noch 200 Verladungsarbeiter von der Gesellschaft der Steinbrüche entlassen worden sind.

Nach dem „Peuple“ wird im nächsten Monat zu Solimont der fünfte sozialistische Jahreskongress stattfinden. Auf der Tagesordnung steht unter Anderem die Ernennung eines Ausschusses zur Ausarbeitung eines neuen Gesetzbuches pour le lendemain de la révolution, für die Zeit nach beendeter Revolution.

„Man kann nicht behaupten“, sagt der „Peuple“, daß die Anwesenheit unserer Freunde in Dison unzeitgemäß ist. In unserer Zeit ist es nötig, daß Alle, welche durch den Kapitalismus zu leiden haben, mit den Dingen sich beschäftigen, die eintreffen, wenn der Sieg uns gesichert ist.

Aus Brüssel wird der „W. Z.“ über die von uns bereits erwähnte Entsendung eines Sozialisten zur Prüfung der Verhältnisse in Argentinien geschrieben: Die öffentliche Aufmerksamkeit ist seit längerer Zeit hier auf die Auswanderung nach Argentinien gerichtet. Die argentinischen Zustände waren Gegenstand der eifrigsten Erörterung in der Presse — einerseits wurden dieselben als glänzende geschildert, andererseits wurde jedoch in der dringendsten Weise vor der Auswanderung nach Argentinien gewarnt.

Die Regierung sah sich schließlich veranlaßt, in den Streit der Parteien einzugreifen, sie erließ ein Manifest, in welchem den Auswanderern aus Herz gelegt wurde, sich vor der Auswanderung gehörig über die Verhältnisse derjenigen Gegenden, wohin sie sich wenden wollten, zu informieren. Natürlich erhob sich ein Sturm der Entrüstung von Seiten der Leute, die an der Auswanderung ein Interesse hatten; die Seelenverkäufer, die ihre geschäftlichen Interessen bedroht sahen, vernochten sogar einen Theil der Presse zu veranlassen, sich energisch für sie ins Mittel zu legen.

Kummern ist die Angelegenheit durch das lächerliche Eingreifen der belgischen Sozialdemokraten in ein neues Stadium gerückt. Die belgischen Sozialisten hatten keine Veranlassung, ihre in der That in der schrecklichsten Weise ausgebeuteten Landsleute im Lande zurückzuhalten, aber sie folgten dem Plan, authentisches Material über Klima, Arbeitsverhältnisse, Arbeitszeit, Verdienst u. s. w. in Argentinien sich zu verschaffen und zu veröffentlichen.

Die Cooperatingenossenschaft in Genz beschloß, einen Vertreter der belgischen Sozialdemokratie nach Südamerika zu entsenden, und sie stellte ihm die Mittel aus den reichlichen Ueberschüssen der Genossenschaftsbäcker zur Verfügung. In ganz Belgien hat dieser Schritt das größte Aufsehen erregt. Die Regierungskreise sind durch den Entschluß begreiflicherweise auf das peinlichste berührt, um so mehr, als ein ähnlicher Antrag, auf Kosten der Regierung gleiche Erhebungen zu veranlassen, in der Kammer nicht die nöthige Unterstützung fand. Andererseits aber hat die sozialistische Initiative in den breiten Volksmassen allgemeine Begeisterung hervorgerufen.

Leopold Procureur ist der Name des sozialistischen Abgeordneten. Er ist Mitredakteur an dem sozialdemokratischen Blatte „Vooruit“. Er hat sich bereits vor einigen Tagen nach Argentinien eingeschifft. Procureur geht nicht ganz als Privatmann nach Südamerika. Der argentinische W. über hat zugesagt, dem belgischen Sozialisten alle möglichen Informationen zu ertheilen, er will ihm in jeder Beziehung bei seiner Enquete behilflich sein. Procureur hat das Programm, mit welchem er die Reise unternimmt, veröffentlicht. Danach will er den Auswanderern folgen, die Art und Weise beobachten, wie sie behandelt und versorgt werden, und der Ausrichtung beizubohnen. Er will die Auswandererhotels in den großen Städten besuchen, er will sich vom System überzeugen, wie den Auswanderern Arbeit verschafft wird, und sehen, wie viele zu den Glücklichen gehören, welche überhaupt Arbeit erhalten; er will auch verfolgen, was mit den übrigen geschieht, wie man ihnen Unterfaust verschafft, wie die Verhältnisse ihrer Ernährung beschaffen sind. Er wird ferner die in Belgien bekannt gewordenen Vöhne kontrolliren,

ebenso die Länge der Arbeitszeit, die Behandlung seitens der Unternehmer, die Freiheiten, welche die Arbeiter haben, die Preise der Lebensmittel und anderer Bedürfnisse. Er will die ackerbaureisende Bevölkerung in den Kolonien und die Arbeiter auf den Werften besuchen. Alle seine Beobachtungen werden publizirt werden.

### England.

London. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Malta ist das am 9. v. M. bei Gomo, unweit Malta, gefranbete englische Panzerschiff „Sultan“ heute gesunken.

Parnells Privatsekretär, Campbell, brachte eine Klage wegen Ehrenbeleidigung und auf 5000 Pfund Schadenersatz gegen die „Times“ ein, welche ihn beschuldigt hatte, die Texte der nunmehr als gefälscht erwiesenen Parnellbriefe geschrieben zu haben. In der Parnellkommission gefand einer der von der „Times“ vorgebrachten Hauptzeugen zu haben. Der Präsident ließ ihn in's Gefängniß abführen. Der Zeuge hatte behauptet, mit den Briefen nachweisen zu können, daß der Anwalt der „Times“, Coomes, um Alles gerupft und Rüssel zur Beschlagnahme der Korrespondenz des Zeugen veranlaßt habe.

Die gestrige Verhandlung vor dem Parnell-Untersuchungs-Ausschusse war anfänglich sehr trocken und eintönig, aber gegen Schluß spielte sich ein interessanter, für die „Times“ aber nicht sehr angenehmer Zwischenfall ab. Ein irischer Journalist Namens Coffey aus Cor wurde als Zeuge der „Times“ vernommen. Er hatte einem Vertreter der „Times“ die schriftliche Erklärung abgegeben, daß er drei irische Parlamentsmitglieder infirmirten und die Landliga mit einer Reihe von Worten und anderen Ausschreitungen in Verbindung bringen konnte. Diese Erklärung wurde im Gerichtshof verlesen und befragt, ob er die darin gemachten Angaben bestärken könne, antwortete der Zeuge zur Heberausung Aller, daß an der Erklärung kein wahres Wort sei und die darin gemachten Angaben rein aus der Luft gegriffen seien. Die gegen die irischen Abgeordneten Abrahams, Finucane und andere Personen darin erhobenen Anklagen wären Erfindungen und die meisten übrigen genannten Personen existirten überhaupt nicht. Mit dreier Unerkenntheit erklärte Coffey, daß er sich für bezeugt hielt, den Vertreter der „Times“, einen Polizei-Agenten, zu mißtrauen, aber daß er entschlossen war, vor Gericht die Wahrheit zu sagen. Vom Vertreter der Parnelliten ins Kreuzverhör genommen, bekundete Coffey, daß er von der „Times“ für die ihr gemachten sensationellen, aber gänzlich falschen Enthüllungen im Ganzen 115 Pf. St. empfangen habe, mit welchem Gelde er in London 3 Monate lang ein lustiges Leben führte. Der Präsident sagte den von Coffey der „Times“ und der Kommission gespielten Streich als eine grobe Mißachtung des Gerichtshofes und einen frechen Eingriff in den Gang der Gerechtigkeit auf und schickte ihn ins Gefängniß. Schließlich erklärte der Generalanwalt Webster, daß er nur noch 2 Zeugen zu verhören habe und den Fall, soweit die Anklage der „Times“ gehe, morgen (Mittwoch) Mittag zu beenden hoffe.

### Deutscher Reichstag.

39. Sitzung vom 14. März, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Stöcker, Herrfurth, v. Walzahn-Witz, v. Dethlöhner.

Präsident v. Levetzow: Wie ich mich aus den stenographischen Aufzeichnungen überzeugt habe, hat der Abg. Sabor in seiner gestrigen Rede eine Persönlichkeit in Frankfurt a. M. der politischen Heuchelei erster Art bezeugt. Ich habe diese Bezeugung gelesen überhört und ich will heute den Herrn Abgeordneten nicht mehr nachträglich zur Ordnung rufen. Ich will jedoch konstatiren, daß ich es für unzulässig halte, die Rednertribüne und die Immunität der Abgeordneten zur Beschimpfung von Behörden, Beamten oder Personen außerhalb dieses Hauses zu benutzen. (Beifall.)

Das Haus legt die gestern unterbrochene Beratung über die Ausführung des Sozialistengesetzes fort.

Abg. Singer (Sozialdemokrat): Bei der Tragweite der auf Grund des Sozialistengesetzes ergriffenen Maßregeln und ihrer mehr als unzureichenden Begründung in der Denkschrift hätte man erwarten sollen, daß vom Regierungstische eine bessere Verlautung werde. War doch in der Presse vielfach die Hoffnung ausgesprochen, Minister Herrfurth werde diese Gelegenheit benutzen, und seine Auffassung von der Sandhaltung des Sozialistengesetzes bezugnehmend und feinerseits diese Maßregeln zu begründen suchen. Aber der Minister hat mit keinem Worte in die Debatte eingegriffen und auch aus dem Hause nahm nur ein Vertreter der National Liberalen das Wort, von dem wir eben schon wußten, daß sie einer Verlängerung des Sozialistengesetzes zustimmen würden. Können wir nun auch die Regierung und das Haus zum Sprechen nicht zwingen, so ist es wenigstens unsere Pflicht, nochmals nachzuweisen, daß die bei Erlaß des Sozialistengesetzes gegebenen Versicherungen, es lokal handhaben zu wollen, ganz außer Acht gelassen worden sind. Zunächst deneigt sich der Verfasser des berühmten Berichtes in einem logischen Widerspruch: einmal sind die, welche sich an dem Bestehen Staatserwerbemahlen nicht beteiligen wollten, radikal gefasst, und deshalb muß der Belagerungszustand auf ein Jahr verlängert werden. Ein paar Zeilen darauf wird die Beteiligungen an den Reichstagswahlen



Wieberum als Beweis für diesen gemeingefährlichen Habitus...  
 Die Kosten und Wägen eines Standes nicht im Verhältnis stehen zu dem etwaigen Nutzen dieser Aufrechterhaltung, während die Arbeit mit der entsprechenden Mühe nicht im Verhältnis steht. Es gewinnt fast den Anschein, als ob die Regierung der Berliner Stadtervernehmer eine Sozialdemokratie recht gerne gönne, dem Reichstage aber nicht. Das das Sozialistengesetz nicht etwa bloß gegen die sogenannten gemeingefährlichen Betreibungen der Sozialdemokratie gerichtet ist, sondern die ganze Arbeiterbewegung in ihrem Streben nach einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage treffen sollte, hat sich in der letzten Zeit wieder bis zur Evidenz herausgestellt. Die Regierung steht im Dienst der Bourgeoisie und des Unternehmertums, macht doch einen wunderbaren Eindruck, wenn die Regierung und ihre Beamten immer von einer Sozialreform sprechen, während das naturwüchsliche Recht des Arbeiters, sich zu kooperieren, um pünktlichere Lohnbedingungen zu erreichen, unterdrückt wird. Der berühmte Putzmeister Streckerlag ist bezeichnend für diese Auffassung. Damit verwirrt die Regierung aber das Recht, sich Schütz der Arbeiter zu nennen. Einen weiteren Beleg für ihre angebliche Arbeiterfreundlichkeit giebt die Unterdrückung von Arbeitervereinigungen. Ja, habe eine Reihe von diesen Berliner Gastwirthe vor mir, in welchen ich den Unternehmern das Lokal verlagte, weil sie von der Polizei auf dem verbotenen Gelände aufgestellt worden sind. Dabei handelt es sich gar nicht um politische Vereinigungen, sondern um solche, die sich mit gewerkschaftlichen Fragen beschäftigen wollten. Willkürlich müssen solche Maßregeln doch nicht; denn wir können unsere Anschauungen auch auf privatem Wege verbreiten. Bezeichnend ist auch die Stellung, welche die Hamburger Polizeibehörde in dem Streit der Hamburger Formier eingenommen hat. Die Hamburger Untervernehmer haben versucht, ausländische Arbeiter heranzuziehen. Nun liegt ein Teil dieser Fabriken im Freihandelsgebiet, und es ist gesetzlich verboten, Menschen im Freihandelsgebiet Wohnung zu geben. Die Behörden haben die Fabrikanten die Arbeiter dort untergebracht, um ihnen die Möglichkeit zu entscheiden, über die Ursachen des Streiks etwas zu erfahren. Auf eine Beschwerde der Kommission der Formier ist ihnen von Polizeiseit des Hamburger Senats, Senator Dackmann, einfach erwidert worden, er könne sich in die Sache nicht einmischen, das sei eine Maßnahme. Die Formier hätten ihre Macht überschätzt und müßten die Folgen tragen. Auf die Frage, wie er sich zu der Unterbringung der Arbeiter im Freihandelsgebiet stelle, erwiderte er, nach diesen Umständen hätte die Finanzverwaltung mitgeteilt, daß dies nicht der Fall sei. Trotzdem ist durch schließliche Unternehmung festgestellt worden, daß innerhalb des Freihandelsgebietes eine Anzahl von Zentren eingerichtet worden ist, und zwar bei verschiedenen Firmen eine ganze Anzahl. Das müßte doch der Polizei bekannt sein. Auch hier hat sich also die Behörde in den Dienst des Unternehmers gestellt. Die Geheimbundprozeße haben Jedem ohne Parteinahme beweisen, daß der Korruption, welche durch das Sozialistengesetz erzeugt ist, ein Spiegel vorgehalten werden muß. In dem Aufrechterhalten der gestrichen den veränderten Regierungen, anlässlich dieser Demonstrationen ist, darf das Mäuschen des Herrn Jürging-Mahlow nicht fehlen. Nachdem meine Behauptungen genau beachtet in gerichtlicher Verfahren der zweiten Instanz für vollständig wahr erklärt waren, erklärte der Richter von Putzamer, daß das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei. Es spreche ein neuer Prozeß, durch welchen meine Behauptungen als unrichtig bewiesen werden würden. Dieser Prozeß ist jetzt abgeschlossen, nicht durch Verurteilung oder Freisprechung, sondern dadurch, daß die Behörde ihn hat einfach lassen. So ist der Beweis geliefert, daß die Behörde diesen „Richtern“ Beamten, der das Regime, Grenzen erhalten hat, im Wege des Prozeßes nicht gegen meine Aussagen hat verhandeln können. Eine glänzendere Verurteilung konnte und nicht zu Teil werden. Über den Namen des Jürging-Mahlow erklärt hat, der Schriftsteller Christensen, ist von Ort zu Ort, von Land zu Land getrieben worden und muß in der Fremde seinen Unterhalt finden. Mein Lohn für die Entlassung des Jürging war, daß ich drei Tage nach Schluss des Reichstages aus Berlin ausgewiesen wurde, wo ich früher unbeanstandet in derselben Weise für meine Partei tätig gewesen bin. Der Erfolg ist nun, daß ich jetzt für meine Anklagen viel konzentriert eintreten kann. Und dieser Jürging-Mahlow, der die Arbeiter zu Dummheitentenden aufgereizt, die unklüglichen Anführer der Arbeiter ausgehoben und im Dienst der geheimen Polizei gerhandelt hat, ist befreit worden und hat, wie es eben für die Polizei nicht mehr thätig sein konnte, die Stelle eines Stationsassistenten in Croyanpark erhalten. Auf die Herren Doant, Schröder, Ehrenberg und wie die Ehrenmänner alle heißen, komme ich heute nicht zurück. Bei der demnächstigen Reuehaltung des Sozialistengesetzes werden wir Ihnen weitere Ehrenmänner solcher Art vorführen. In dem Müllergewerkschaftsprozeß ist erwiesen, welcher Substanz die der Anzeiger Gerechtigkeit bedient hat. Das Gericht hat anerkannt, daß der Hauptzeuge des Gerichtes geradezu ein Subjekt war, mit dem ein anständiger Mann nichts zu thun haben kann. Die Berufungsverhandlungen in Hamburg-Altona über den Belgischen Arbeiter Wismann haben wiederum bewiesen, welcher Leute sich die politische Polizei bedient. Die ungeheuren Kosten für diesen ganzen Apparat könnten besser zu einer Erhöhung der Alters- und Invalidenrente verwendet werden. Und was ist in den Geheimbundprozeßen enthalten worden? Ein bisschen Verbreitung verdorbener Schriften. Der „Sozialdemokrat“ ist gar nicht so gefährlich für die preussische Regierung. Deben Sie das Sozialistengesetz auf, so werden Sie die Partei nicht mehr jenseits, Ihre Rechte in der ausländischen Presse zu vertreten. Nach unseren Erfahrungen haben Sie gar kein Recht mehr, uns für das, was im „Sozialdemokrat“ steht, verantwortlich zu machen. Die Gründe in der Denkschrift für die Beibehaltung des Belagerungszustandes sind gleich Null und enthalten selbst die beste Beurteilung der Regierung. Wenn hier nicht einmal der Versuch gemacht wird, unsere Behauptungen zurück zu weisen, so ist damit zugegeben, daß dieselben den Tatsachen entsprechen. Ich gratuliere Ihnen zu dem Erfolg, welchen Sie mit dieser Denkschrift haben. Sie haben diesen Dingen vollkommen feil gegenüber, werden uns keinen Fuß breit von unserer Forderung abbringen lassen und unsere Gegner nicht den das Gefühl sein, Ihnen auch nur den Schein des Rechts zu einem energiegelassen Eingreifen zu geben. Das volle Unrecht des Sozialistengesetzes soll auf den Schultern ihrer lassen, welche an dem Zustand kommen wollen. Wir werden auf die Nacht und Dämmerung unserer Sache und werden folgen mit oder ohne Ihr Sozialistengesetz. Wir leben jetzt in der Zeit der Gebenstage. Auch die Sozialdemokratie feiert heute einen Gedenktage. Am 14 März 1888 ist der größte Fehler unserer Partei, Karl Marx, in London gestorben. Wir feiern sein Gedächtnis mit dem Gedächtnis, unentgeltlich und unentnützlich vorwärts zu streben in den Bahnen, die Karl Marx und genieren hat, was die Entwicklung werden, wie sie will. Sie werden und immer auf dem Vollen stehen. Ich wünsche, daß Sie sich nur diesen lauten Mittel bedienen mögen, deren wir uns bedient haben und fernere bedienen werden. Der Schein ist vorläufig gegen Sie; wenn Sie es für notwendig erachten, eine politische Partei mit solchen Mitteln zu unterdrücken, so sind Sie von vornherein im Unrecht. Das Sie die Gewalt haben, das Unrecht in ein Gesetz zu verwandeln, spricht Sie nicht frei.  
 Abg. Kulemann: Uebereinstimmung herrscht über die Notwendigkeit der Änderung des Justizgesetzbuchs; auch eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes ist nicht. Das Einstimmen der Gerichtsmitglieder steht vielfach mit deren Vorbildung in auffallendem Widerspruch. Abg. Winterer beantragt mit Busel, daß die Justizungen amtlich lehren und in der Form vereinfacht gehalten werden. Der Antrag Kulemann wird an die Justizkommission überwiesen.

**Gewerkschaftliches.**

**Dalle.** Am 10. d. Mts. fanden hier drei Versammlungen statt, welche zum Zweck der Vorbereitung über die folgende Lohnfrage einberufen worden war. Die Versammlung der Maurer beschloß, an der Forderung: Beilegung der Gehaltsunterschiede und Erhöhung des Lohnes auf 40 Pf. pro Stunde bei 10stündiger Arbeitszeit festzuhalten. Bewilligen die Bauherren diese Forderung nicht, so soll am 1. April d. J. ab die Arbeit eingestellt werden. Den gleichen Beschluß faßten die Zimmerleute und Steinseiger.

**Frankfurt a. M.** Der Streit der Damen Schneider der Firma J. G. Jureit dauert noch fort. Wie blühen die Kollegen den Jura zu halten und in jeder Beziehung ihre Schuldigkeit zu thun. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Die streifenden Damen Schneider.

— Wie aus Bremerhaven mitgeteilt wird, haben die Maurer in Gesehmann, Gesehendorf und Umgegend die Arbeit eingestellt.

**Brüssel.** Mit dem gestrigen Tage sind die großen belgischen Steindränge bei Luesath geschlossen worden. Da die Gesellschaft die Arbeiterarbeiten in seiner Weise erfüllen wollte, verbarren alle 2000 Arbeiter ohne Ausnahme bei der Arbeitsverweigerung.

**Aus Stadt und Land.**

**Bant, 16. Februar.** Die Kirchenraths- und Ausschusswahl, welche morgen, Sonntag, den 17. März Nachm. von 2 bis 5 Uhr im Lokale der Ww. Brumund stattfindet, ist insofern für unsere Gemeinde von besonderer Bedeutung, als gerade die Kirchenfrage Veranlassung gegeben hat, eine Trennung der Gemeindebürger hervorzuheben. Die große Majorität der Gemeindebürger, welche auch in der Majorität der kirchlichen Vertretung ihre Ansicht vertreten fand, hand entschiede auf dem Standpunkt, daß, wenn nun schon einmal eine Kirche errichtet werden sollte, sie auch da ihren Platz finden müßte, wo die natürliche Entwicklung der Gemeinde ihren Zentralpunkt sucht, d. h. inmitten der zur Gemeinde gehörigen Ortlichen Belfort, Neubremen und Sedan. Die Entwicklung entsprechender Verkehrswege, welche diese einzelnen Ortlichkeiten befriedigend verbinden, zum Nutzen der Gesamtheit, hängt lediglich davon ab, daß das die Ortlichkeiten trennende, umfangreiche Terrain angebaut und somit die Anlage von Verbindungswegen zur Nothwendigkeit gemacht wird. Und da nun naturgemäß da, wo ein öffentlicher Zweck dienendes Gebäude seinen Platz findet, auch eine gewisse Neigung zur Anbiederung vorhanden ist, kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Erbauung einer Kirche und die Platzierung der dazu gehörigen Anlagen auf dem von der bisherigen Majorität der Kirchenvertretung unter großer Zustimmung der Gemeindebürger erwählten Terrain ganz bedeutend zu einer gelunden und natürlichen Entwicklung der Gemeinde beitragen wird. Es kann mit vollem Recht behauptet werden, daß bei diesem Beschluß einzig und allein das Gesamtinteresse und das Wohl der Gemeinde maßgebend war. Anders sieht die Sache bei denjenigen, welche mit aller Macht darauf hinarbeiteten, die natürliche Entwicklung der Gemeinde aus egoistischen Gründen zu hemmen und zur Verlegung des Hauptplatzes der Kirche x. nach dem äußersten südlichen Ende der Gemeinde eine künstliche Entwicklung der Gemeinde nach dieser Seite hin zu schaffen, zum Nachteil der großen Mehrheit der Gemeindebürger, aber zum Vortheil einer geringen Anzahl Grundbesitzer und Geschäftsinhaber, welche ihren Egoismus nicht dämpfen und ihr Einzelinteresse nicht dem Gesamtinteresse der Gemeinde unterordnen wollten. Die Gründe, welche sie zur Empfehlung ihres Projektes ins Gefeld führten, finanzielle und sanitäre, sind zum Unzweifel oft mißbräuchlich worden, so daß es erübrigt darauf hinzuweisen, daß trotzdem die im Sinne der großen Majorität der Gemeindebürger entschiedene Frage immer und immer noch vor jener Seite benutzt wird, um Zwietracht zwischen den Gemeindebürgern zu säen und womöglich jezt noch eine Aenderung zu Gunsten der Einzelinteressenten zu schaffen. Gerade angeht dieser Vertretungen ist es doppelte Pflicht aller für das Gesamtwohl bestrebenden Gemeindebürger und Mitglieder der Kirchengemeinde, durch ihre Stimmabgabe zu bekunden, daß sie ein für alle Mal diese Frage für entgültig und entscheidend betrachten und deshalb ihre Stimmen auch nur denjenigen Kandidaten geben, welche von den Bürgervereinen Bant, Neubremen und Sedan aufgestellt sind und die Garantie bieten, daß sie die Interessen der Kirchengemeinde frei von persönlichen Rücksichten nur zum Wohle der Gesamtheit vertreten und fördern werden. Es sind dies die Herren Steuding, Latann, Dirks, Tempin, Janßen, Gerwid, Klem, Kirsch, Haaren, Renken, Bies, Gaude und Trekel. Aber daher mit dem bisherigen Wirken der Kirchenvertretung zufrieden ist, der wird nicht umhin können, durch die Wahl dieser Kandidaten seiner Ueberzeugung hahn Ausdruck zu geben; aber auch diejenigen, welche sich bisher um diese Angelegenheiten nicht gekümmert haben, oder irrthümlichen Anschauungen huldigten werden erkannt haben, daß das Wohl der Gemeinde nur in der von uns angeführten Weise gefördert werden kann. Die getreuen Schildknapen der noch verbleibenden Minderheit, welche ihre persönlichen Interessen denen der Gemeinde voranstellen, können sich dann gern das Vergnügen gefallen, nach dem Kommando ihres Feldwebels auf ihrem Stedenpferde herumzureiten, wir wollen sie daran nicht hindern; wir tüfen allen für die Gesamtwohlfahrt unserer jungen Gemeindebesetzten Mitbürgern zu: Wählt die Kandidaten der Bürgervereine Bant, Neubremen und Sedan:

**Kirchenausich.**  
 1. Herr Maurer Steuding, Neub. 1. Herr Schloffer Kirsch, Belfort.  
 2. „ Herr Latann, „ 2. „ Schmidt Haaren, Sedan.  
 3. „ Herr Dirks, Kopperh. 3. „ Baum Renken, Kopperh.  
 4. „ Arbeiter Tempin, Belfort. 4. „ Barber Bies, Belfort.  
 5. „ Klem, Janßen, „ 5. „ Schiff Gaude, „  
 6. „ Kirsch, Haaren, „ 6. „ Trekel, „  
 7. „ Arbeiter Klem, „

**Kirchenrath.**  
 1. Herr Schloffer Kirsch, Belfort.  
 2. „ Schmidt Haaren, Sedan.  
 3. „ Baum Renken, Kopperh.  
 4. „ Barber Bies, Belfort.  
 5. „ Schiff Gaude, „  
 6. „ Trekel, „

Legterer auf 3 Jahre.

Wir fordern alle Gemeindeglieder, soweit sie wahlberechtigt sind auf, an der Wahl theilzunehmen. Stimmzettel werden am Wahllokal ausgegeben. Jeder Wähler hat zweimal zu wählen und erst die Zettel mit den Kirchenältesten oder Kirchenmitgliedern, dann den mit den Kirchenausschussmitgliedern, oder umgekehrt, abzugeben. Die Wahlhandlung dauert von 2 bis 5 Uhr. Jeder Angehörige der lutherischen Kirchengemeinde, welcher in der Gemeinde anständig und steuerpflichtig ist, ist wahlberechtigt, sofern sein Name in die aufgelegt gewesene Wählerliste eingetragen ist. Bedenke jedwede, daß das Projekt des Kirchenbaues in Aussicht steht und für alle Gemeindeglieder deshalb die Pflicht erwächst, ihrer Ueberzeugung durch die Wahl von Kandidaten Ausdruck zu geben, denen sie ihr volles Vertrauen schenken. Darum ermahnen wir nochmals, bleibe keiner von der Wahlurne fern, thue jeder seine Pflicht. Gebt Eure Stimme dem oben genannten Kandidaten der Bürgervereine Bant, Neubremen und Sedan.

**Bant, 15. März.** Der Schmied L. von hier wurde von der Strafkammer in Oldenburg zu 9 Monate Gefängnis wegen Körperverletzung verurtheilt. Er hatte seiner Frau mit einem Eide nicht unerhebliche Verletzungen beigebracht, die Frau verweigerte jedoch die Stellung eines Strafantrages sowie das Zeugnis gegen ihren Mann, welcher sie außerdem noch bedroht hatte. Es konnte daher nur die Verurtheilung wegen des obigen Vergehens erfolgen.

**Wilhelmshafen, 17. März.** In dankenswerther Weise veröffentlicht der hiesige Hülfbeamte eine Reihe von „Gehheimmitteln“ für welche vom Berliner Polizeipräsident das Recht der öffentlichen Anpreisung entzogen worden ist. Es sind darunter viele alte Bekannte, deren Anpreisung im „Wilhelmsh. Tagebl.“ und „anderen gutgeleiteten Organen der Umgegend eine lebendige Stätte gefunden hat.“ „Brandts Schwiegerpillen“, „J. Anna Gählag mit meinem 185 em. langen Niesen-Voreyerhaar“ u. s. w. Geld sinkt eben nicht, man nimmts, wo man es bekommen kann.

**Bant, 15. März.** Sitzung des Amteraths. In Buds Hotel fand heute eine Sitzung des Amteraths statt. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt. Die Wahl eines Beisizers x. zum Schiedsgericht der land- und forstwirtschaftl. Berufs-Gesellschaft wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Beschlossen wurde, die sogenannte „Gesehenschafts-Chauffee“ auf Antrag der Gemeinden Neubremen und Bant als Amterverband-Chauffee zur Unterhaltung zu übernehmen; ferner der Bau einer Amterverband-Chauffee Hohenkirchen-Algarmesiel und Alborf-Tetten. Dem Gesuch des Gemeinderaths zu Widdoge um Bewilligung eines Zuschusses von 20 Prozent zu den Baukosten einer Gemeinde-Chauffee wird stattgegeben. Dem Hausmann Footens zu Redern werden die Kosten für Maurerarbeit an einem Jahrdamm zur Hälfte jurdisch-erstattet, wenn eine Einigung in dieser Hinsicht mit ihm zu erzielen ist. Er hatte volle Rückerstattung verlangt. Den landwirtschaftlichen Vereinen Jeverlands wird ein Zuschuß von je 1000 Mark zu Beschaffung der landwirtschaftlichen Ausstellung zu Nagelburg und der oldenburgischen Landesbierbrauerei bewilligt. Dem Antrage des Amterverbandes, für sämtliche Hebeamten des Amterbezirks in Berlin erscheinende „Allgemeine deutsche Hebeammen-Zeitung“ (Abonnementpreis pro Exemplar 5 M) auf Kosten des Amterverbandes zu abonnieren, wird zugestimmt. Zum Vervollständigen behufs Anbahnung an der Auslösung der Schuldscheine der durch die Oldenb. Landes- bzw. Spar- und Leihbank kontrahirten Anleihen wird Herr Krelling genehmigt.

**Deppsen, 15. März.** Um einem längt gefühlten Bedürfnis abzuhelfen, haben die Kriegervereine des Jeverlandes auf einer kürzlich hier abgehaltenen Konferenz beschloffen, ein „Amterkriegerfest“ zu feiern. Da der Mangel an Kriegerfesten sich unangenehm bemerkbar macht, sollen demnach noch „Gemeindefriegerfeste“, „Kriegerfesten“ und „Schuldkriegerfesten“ u. s. w. arrangirt werden.

**Bant, 16. März.** Bekanntlich ist das Realisationsrecht den Arbeitern gesetzlich garantirt, machen sie aber von demselben Gebrauch, so wird es ihnen, wie die Erfahrung gelehrt hat, von den Behörden und deren Organen in jeder Weise verkirrt. Hier im Oldenburgischen, wo bisher die Behörden in dieser Weise human handelten, scheinen diese Praktiken von anderer Seite geübt zu werden. Wir konnten kürzlich aus Oldenburg mittheilen, daß dort von freisinniger Seite das Geschäft des Saalabtreibens besorgt wird, welches sonst an anderer Stelle die Polizei mit Vorliebe betreibt, heute wollen wir über einen Fall aus Bant berichten, wo dort von Seiten eines national-liberalen Fabrikdirektors das Realisationsrecht der Arbeiter respektirt wird. Vor einiger Zeit hatte sich hier ein „Fachverein der Metallarbeiter“ gebildet, welchem auch mehrere Arbeiter des hiesigen Eisenwerks angehörten. Diese wurden nun vor einigen Tagen aufgefordert, aus dem Verein auszutreten, widrigenfalls ihre Entlassung erfolgen würde. Dem Vorstehenden des Vereins wurde dieselbe Zumuthung vom Direktor vubbers gestellt, er gab diesem jedoch zur Antwort, ob denn auch der Herr Direktor aus dem Verein für Kunst und Wissenschaft“ austreten würde, wenn ihm diese Zumuthung gestellt würde. Dem Vorstehenden des Fachvereins und einem anderen den Austritt verweigern Mitglieder wurde daraufhin mitgetheilt, daß sie sofort entlassen seien und ihr Geld sowie ihren Entlassungsschein in Empfang nehmen könnten. Damit waren die beiden Arbeiter jedoch nicht einverstanden, sie verlangten vielmehr, daß eine gesetzmäßige 14tägige Kündigung erfolge, wurden aber von dem Direktor mit dem Bemerkten abgewiesen, daß sie sich eines Verstoßes gegen die Fabrikordnung schuldig gemacht hätten, weil sie durch Gründung des Fachvereins die Fabrik schädigt haben und deshalb sofort entlassen werden könnten. Am andern Tage erklärte er sich nun bereit, einen 14tägigen Lohn auszubehalten, die Arbeiter



bürften aber die Werkstätt nicht wieder betreten. Für den Verloß gegen die Fabrikordnung wollte er jedoch jeden der beiden Arbeiter 15 Mk. Strafe einbehalten. — Die betreffenden Arbeiter werden natürlich die Hälfte des Gewerbesteuerbeitrags in Anspruch nehmen. Ganz abgesehen davon, daß es mit der Gefelgestenmäßigkeit des Herrn Direktors recht schlecht bestellt sein muß, wenn er glaubt, daß die Gründung eines Fachvereins auf gesetzlicher Grundlage gegen seine Fabrikordnung verstoße, indem darin eine Schädigung der Fabrik zu erblicken sei, und ihm deshalb das Recht zustehe, so ohne Weiteres den Arbeitern 15 Mk. von ihrem verdienten Lohn einzubehalten, so zeugt dies Verhalten auch von einer sehr liberalen Gesinnung, der wir hiermit die gebührende Anerkennung nicht verlagern wollen. Wenn die Herren Nationalliberalen aber bei der nächsten Reichstagswahl sich mit ihrer Körperlichkeit brüsten und Dumme einfangen wollen, dann wird man den freien Patronen in's Gesicht sagen: „Dürche, Du läßt!“

**Vereins-Kalender.**  
„Verein deutscher Schuhmacher“. Montag, den 18. März, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Gese, Kopperhörn.  
„Bauhütte“, Fachverein der Maurer. Dienstag, den 19. März, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Hug, „Zur Arche“, Bant.  
„Verband deutscher Tischler“. Mittwoch, den 20. März, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Hug, „Zur Arche“, Bant.

Pfg., Bohnen per Pfd. — Pfg., Kefel 5 Ltr. 75—100 Pfg., Zwiebeln 5 Liter 1 Mk., Wurzeln 5 Liter 25 Pfg., Stedrüben 3 Stk. 10 Pfg., Maikraut 3 Dd. — Pfg., Rettigrüben 5 Stk. — Pfg., Reibe Beeten pr. 6 Stk. — Pfg., Erbsen per Pfund — Pfg., Birnen 5 Liter 70 Pfg., Pfäumen per Pfd. — Pfg., Gänse per Pfd. — Pfg., Enten per Stk. — Mk., Hühner per Stk. 1.50 Mk., Lauben Paar — Mk., Räden per Stk. — Mk., Krammetvögel per Stk. — Pfg., Rebhühner per Stk. — Markt, Hahnen per Stk. — Markt.

**Marktbericht**  
vom Sonnabend, den 16. März.  
Schweinefleisch per Pfd. 55—60 Pf., Rindfleisch per Pfd. 50 Pf., Hammelfleisch pr. Pfd. 45 Pf., Kalbfleisch per Pfd. 30 Pf., Kartoffeln 25 Ltr. 1,40 Mk., Eier per Stiege 90 Pfg., Butter per Pfd. 1,15 Mk., Weisbrot per Kopf — Pfg., Roggenbrot per Kopf —

**Kirchliche Nachricht.**  
Bant, Sonntag, den 17. März, Vormittags 10 Uhr, Gottesdienst. Nach dem Gottesdienst Beichte und Abendmahlsfeier. Anmeldungen werden in der Pfarrwohnung entgegengenommen.  
C. Brunow, Pastor.

### Gemeinde-Bürger!

Am 17. März, Sonntag Nachmittags um 2 Uhr, beginnt die Kirchenraths- und Ausschusswahl. Der „Bürgerverein Bant“ hat auch diesmal der Allgemeinheit Rechnung getragen und Kandidaten aufgestellt, Männer, die jederzeit die Interessen der Kirchengemeinde vertreten werden. Es mag die Wahl zu diesen Körperlichkeiten noch so gering veranschlagt werden, manches Wohl und Wehe hängt davon ab, Weßreres bedarft der Aenderung. Die Bürgervereine **Sedan, Neubremen** und **Bant** marschieren auch diesmal vereint zur Wahl, weil gleiche Interessen sie leiten. Geben sie den Gegnern ihre Stimme, so dienen sie nicht der Allgemeinheit, sondern einer Klasse, die nur Sonderinteressen vertritt. **Darum gebe jeder Wähler seine Stimme den Kandidaten der vereinigten Bürgervereine Sedan, Neubremen und Bant.**

**Kirchenrath:**

1. **Johann Friedrich Kirsch**, Schlosser, Belfort.
2. **Hermann Haaren**, Schmied, Sedan.
3. **Holo Menken**, Kaufmann, Kopperhörn.
4. **Adolf Bies**, Barbier, Belfort.
5. **Wilhelm Gaude**, Schiffbauer, Belfort.
6. **Friedrich Trekel**, Schiffbauer, Belfort.

**Kirchenausschuß:**

1. **Christian Wilhelm Steuding**, Maurer, Neubremen.
2. **Friedrich Latann**, Verwalter, Neubremen.
3. **Friedrich Gerhard Dirks**, Zimmermann, Kopperhörn.
4. **Heinrich Templin**, Arbeiter, Belfort.
5. **Heinrich Janssen**, Bäcker, Belfort.
6. **Friedrich Michael Gerwich**, Gastwirth, Belfort.
7. **Ernst Kliem**, Arbeiter, Belfort, auf 3 Jahre.

Die Wahl dauert 3 Stunden, also bis 5 Uhr, und ist es Pflicht eines jeden Wählers, pünktlich an der Wahlurne zu erscheinen. Jeder Wähler wählt **zwei Mal**, erst den **Kirchenrath**, dann den **Ausschuß**, oder auch umgekehrt. **Wahltotal: Wwe. Brumund, Der Vorstand.**

Empfehle mein Lager in

## Schuhwaaren:

Herrn-Stiefelletten, Halbschuhe, Schnürschuhe; für Knaben: Winterstiefel und Klapp-Schuhe, große Auswahl Stulpenstiefel, Damenstiefel, Kinder-Knopf- und Schnürstiefel, Filzschuhe und Filz-Pantoffeln für Herren, Damen und Kinder.

## J. Bürger,

Neuhappens, Neustr. 1.

Die Vier-Niedertage von

## G. Endelmann

Königsstraße 47, empfiehlt

**Fass- und Flaschenbier** aus der Brauerei von Th. Fetzlter in Zeven, 33 Flaschen 3 Mark.

**Dortmunder Aktienbier**, 20 Fl. 3 Mk.

**Bayrisch Bier** aus der Brauerei von Franz Geiß, Erlangen, 20 Fl. 3 Mk.

**Seiterswasser** eigener Fabrik.

**Darzer Königsbrunnen.**

**Wiederverkäufers Rabatt.**

**An- und Rückkaufs-Geschäft** von —

neuen und getragenen Kleidungsstücken, Teppichen, Uhren, Gold- und Schmuck-Sachen von

## F. Krüger, Belfort,

Ankerstraße.

Die

## Buchdruckerei von F. Kühn

Bant-Wilhelmshaven, Adolphstrasse

empfiehlt sich zur

*Anfertigung von Druckerarbeiten jeder Art*

als:

Rechnungen, Quittungen, Formulare, Tabellen, Cirkulare, Etiquettes	Adresskarten, Visitenkarten, Einladungskarten, Mitgliedskarten, Couverts, Briefbogen.	Preis-Courants, Statuten, Programme, Festzeitungen, Placate, u. s. w.
--	---	---

Gute und geschmackvolle Ausführung bei angemessenen Preisen.

## fl. Carbonade,

pr. Pfd. 80 Pf.,

## Leber-Wurst,

pr. Pfd. 60, 80 u. 100 Pf.

empfiehlt

## Finette, GIsaß,

Marktstraße.

Empfehle

## Schwarze Cachemirs

in ausgezeichnete Waare.

## Anton Brust, Belfort.

Empfehle:

## 00 Maß: 00

## und Flaschen-Bier

aus der Dampfbrauerei von Th. Fetzlter in Zeven, in Gebinden von 15 bis 100 Litern.

Feines Lagerbier 33 Fl. 3 Mk., Bayrisches Gebräu 27 Fl. 3 Mk., Feines böhmisches Gebräu 30 Fl. 3 Mark.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

**J. Fangmann, Bismarckstr. 59,**  
1 Trepp.

In keinem Familienkreise sollte das folgende vortreffliche Werk fehlen:

## Der praktische Hausarzt.

Ein zuverlässiger Rathgeber bei allen Krankheiten jeden Alters und Geschlechts. Unter vorzüglicher Berücksichtigung derjenigen Leiden, welche ihren Ursprung haben in schlechter Verdauung, Verschleimung, Husten, Schnupfen, Leibesverstopfung, Magenübeln, Hypochondrie, Krämpfen, Rheumatismus, Fieber und ihren Folgen, wie: Säurethosen, Blähsucht, Appetitlosigkeit, Schlaflosigkeit, Blutwollungen, Schwindel, Kreuzschmerzen, Ausschlag, Drüsen- und Darmleiden, Kopfweh, Magenkrampf u. c.

Mit Angaben der vorzüglichsten Haus- und Heilmittel und einer Haus- und Reise-Apothek. Von Dr. Gufeland.

336 Seiten. Eleg. brosch. Preis 2,50 Mk.

Der obige Hausarzt ist der billigste und praktischste in der Welt. Die genannten Heilmittel sind entweder Hausmittel oder solche einfache und erprobte Mittel, welche für wenige Pfennige in jeder Apotheke zu haben sind.

Zu beziehen durch die **Carl'sche** Buchhandlung, Wilhelmshaven, Bismarckstr. 6.

Wein reichhaltiges Lager von

## Bordeaux-, Rhein- und Mosel-Weinen,

Portwein, Sherry, Malaga, Samos, Medicinal-Tokayer

hatte zu billigen Preisen bestens empfohlen.

## Rich. Lehmann,

Wilhelmshaven und Bant.

## Feinste Blut-Apfelsinen

pr. Dgd. 1 Mk., und 1,50 Mk., empfiehlt

## Joh. Freese.

Habe noch einige Scheffel frühreife

## Pflanz-Kartoffeln

abzugeben.

**Carl F. Lübben, Bant,**  
am Marktplat.

Sehr dauerhafte, aus bestem deutschen und amerikanischen Schleder

## geschnittene Sohlen

empfiehlt

**Louis von Rahden.**

Eine gute trockene

## Unterwohnung

per sofort oder per 1. Mai d. J. zu vermieten.

**H. Falkenberg, Neubremen.**

**Eine fl. Oberwohnung** sofort oder zum 1. Mai zu vermieten.

**Gust. Franz, Genossenschafts-Chauffeur,**  
gegenüber der Posterei.

**5 Fach eichene Fenster** billig zu verkaufen.

**Werftstraße 19.**

Zweiten erschien in zweiter Auflage:

## Die Stellung des Reiches zur sozialdemokratischen Partei.

Schreiben eines nationalliberalen Reichstagsmitgliedes an den ehemaligen Redakteur der unterdrückten „Hamburger Rundschau“ und Antwort des Letzteren.

(Verlag von Hermann Grünig, Hamburg.)

Zweite Auflage. In Umschlag elegant gebunden 30 Pf.

Die unheilvolle Fiktion zwischen den sozial-reformatorischen Bestrebungen der Reichsregierung und denen des deutschen Volkes wird eingehend besprochen und der Weg gezeigt, wie dieser verderblichen Spaltung Einhalt getan werden kann. Wie vor 100 Jahren der dritte Stand sich nur deshalb gewaltsam aus den Fesseln des edlen Adels und seines Anhangs befreien mußte, weil man zu blind und matt war, um ihm mit Freuden zu gewähren, was die geschichtliche Tagesordnung ihm als gutes Recht zuschickte, so ist es jetzt an der Zeit, dem vierten Stande, der Hauptstütze des Staates, freiwillig und gelegentlich das ihm gebührende Recht einzuräumen.

Zu beziehen durch die

Erped. des „Nordd. Volksbl.

Empfehle:

## 00 Maß: 00

## und Flaschen-Bier

aus der Dampfbrauerei von Th. Fetzlter in Zeven, in Gebinden von 15 bis 100 Litern.

Feines Lagerbier 33 Fl. 3 Mk., Bayrisches Gebräu 27 Fl. 3 Mk., Feines böhmisches Gebräu 30 Fl. 3 Mark.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

**J. Fangmann, Bismarckstr. 59,**  
1 Trepp.

Empfehle:

## 00 Maß: 00

## und Flaschen-Bier

aus der Dampfbrauerei von Th. Fetzlter in Zeven, in Gebinden von 15 bis 100 Litern.

Feines Lagerbier 33 Fl. 3 Mk., Bayrisches Gebräu 27 Fl. 3 Mk., Feines böhmisches Gebräu 30 Fl. 3 Mark.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

**J. Fangmann, Bismarckstr. 59,**  
1 Trepp.

Empfehle:

## 00 Maß: 00

## und Flaschen-Bier

aus der Dampfbrauerei von Th. Fetzlter in Zeven, in Gebinden von 15 bis 100 Litern.

Feines Lagerbier 33 Fl. 3 Mk., Bayrisches Gebräu 27 Fl. 3 Mk., Feines böhmisches Gebräu 30 Fl. 3 Mark.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

**J. Fangmann, Bismarckstr. 59,**  
1 Trepp.

Empfehle

## Honig,

pr. 1/2 kg 50 Pf.,

empfiehlt

## Joh. Freese.

Ich komme auf den Wochenmarkt in Bant mit

## Blumen, Gemüse und Sämereien.

Habe nur gute, leimfähige Waare.

**G. Seyferth, Barel.**



Mein Lager in eleganten, fertigen  
**Herren- und Knaben-Garderoben**  
 ist bereits mit allen Neuheiten der Frühjahrs- und Sommer-  
 Saison ausgestattet. Ich biete, wie bekannt, die größte Aus-  
 wahl hier am Platze und verkaufe  
 nur reelle, gute **Waaren zu billigsten Preisen.**

**M. PHILIPSON.**

Anfertigung nach Maaf unter Garantie des Passens.

**Als enorm billig**

empfehle:  
 Bettfedern u. Halbdaunen in vielen  
 Qualitäten, nur doppelt gereinigte  
 Waare.  
 Ganze Betten, Oberbett, Unterbett,  
 Püßl und 2 Kissen mit guten  
 Federn, zusammen für 21 M.  
 (Ganz billige Federn führe ich  
 prinzipiell nicht.)  
 Schöne Tall-Gardinen mit Rand-  
 einfassung 25 Pf.  
 Schwere gestreifte baumw. Herren-  
 Hemden 90 Pf.  
 Bunte Kinder-Schürzen 20 Pf.  
 Bunte Damen-Schürzen 30 Pf.  
 Hochf. durchbrochene schw. Damen-  
 Schürzen 60 Pf.  
 Konfirmanden-Anzüge in vielen  
 Qualitäten und allen Größen,  
 schon von 10 M. an.  
 In einzelnen Herren-Josen und  
 Jacketts erhielt große Zusendung,  
 in schwarz und gerüchert.  
 Von den so viel nachgetragten  
 schweren weißen Damen-Hemden  
 à 130 Pf. sind ca. 100 Stück  
 angekommen; wer davon haben  
 will, beeile sich. —

Jeden Sonnabend  
 während des Marktes  
 Ausverkauf von Resten  
 u. zurückgekehrter Waare.

**Georg Aden,**  
 Bant, am Marktplatz.

Empfehle:

**Hochf. Margarine**  
 pr. 1/2 kg 65 Pf., 5 Pfd. 3 M.,

**Emders Heringe**  
 per Stück 5 Pf.,

**Emders Voll-Heringe**  
 pr. St. 8 Pf., 3 St. 20 Pf.,

**Kl. Berger Fett-Heringe**  
 6 Stück 10 Pf.,

**Kleine Berger Fett-Heringe**  
 in sauer gelegt, 5 St. 10 Pf.

**H. Mengers,**  
 Ulmenstraße.

Empfehle sehr gutes  
**Kalb-Fleisch**

pr. Pfd. 30 Pf.  
**G. Maass.**

**Frühjahrs-Neuheiten**  
 in  
**Regen-Mänteln**  
 für Damen, Konfirmanden und Kinder,  
**Promenaden-Mänteln, Hüten**  
 für Damen und Kinder

empfehle in großartiger Auswahl

**A. G. Diekmann.**

Meiner geschätzten Kundschaft von Nah und Fern, sowie den werthen Einwohnern  
 von Neuende, Kopperhörn und Umgegend zur gefl. Kenntnignahme, daß ich mein Geschäft  
**von Bant nach Kopperhörn**  
 (Gemeinde Neuende)

verlegt habe.

Durch bedeutende Waar-Einkäufe bei ersten und reellsten Fabrikanten, habe ich mein  
 Lager sehr vergrößert und bin ich in der angenehmen Lage

**reelle Waaren**

zu außergewöhnlich billigen Preisen zu offerieren.

Indem ich bitte, mein Unternehmen durch ferneren gütigen Zuspruch zu unter-  
 stützen, will ich bemüht bleiben, das Vertrauen der mich Bechrenden zu erwerben und  
 zu erhalten suchen.

Kopperhörn (Neuende), den 15. März 1889.

**J. Evers,**

**Aussteuer- und Wäsche-Fabrik,**  
 Wollgarne und Konfektion.

**Starke dauerhafte Stiefel**

welche sich für die Land- bevölkerung und Arbeiter  
 eignen, kauft man beim Schuhmachermstr. Apol,  
 Belfort, Weststr. 14.  
 Herren-Schafstiefel mit Doppelsohlen 10 M., mit einfachen  
 Sohlen von 8 bis 9 M. Herren-Jugstiefel von 8,50 bis 9,50 M.  
 Herren-Jugschuhe von 6 bis 6,50 M. Herren-Schnürschuhe  
 5,50 M. Herren-Hauschuh 5,00 M. Damen-Jugstiefel  
 von 6-7 M. Damen-Jug- und Hauschuh, starke Knaben-  
 stiefel, Mädchenschuh- und Schnürstiefel, Obrenschuh, sowie Kinderstiefel ab Schuhe  
 zu soliden Preisen.

Neu eingetroffen:

**Konfirmanden-Stiefel**

für Knaben und Mädchen

in großer Auswahl und gebe dieselben zu bekannnten sehr billigen Preisen ab.

**Carl Zeck, Belfort.**

**Zum Mühlengarten.**

Heute Sonntag:

**Großer öffentlicher Ball.**

Hierzu ladet freundlichst ein

**Wwe. Winter.**

Sonntag, den 17. März:

**Grosser öffentlicher Ball**

weszu freundlichst einladet

**Wwe. Guth, Kopperhörn.**

Verantwortlich für Redaktion: Emil Fischer; Druck und Verlag: J. Rahn, Bant-Wilhelmshaven.

Zur

**Frühjahrs-Saison**

empfehle:

**Regen-Mäntel**  
 für Damen und Kinder,  
 auch

**Konfirmanden-Regen-Mäntel**  
 sind angekommen in  
 sehr billiger und auch besserer Waare.

**Anton Brust**  
 in Belfort.

**150**

**Konfirmanden-  
 Anzüge**

von den billigsten bis zu  
 den feinsten empfiehlt

**M. Philipson.**

Frühjahr 1889! Frühjahr 1889!

**Kopf-Bedeckungen**  
 aller Art.

Empfehle in großer Auswahl zu auf-  
 fallend billigen Preisen:

**Cylinder-Hüte** von 6 M. an, ganz  
 feine **Haar-Hüte** in schwarz und farbig  
 von 6 M. an,

**Steife Woll-Hüte** in neuester Facon,  
 schwarz und farbig, von 2,50 M. an,

**Weiche Facon-Hüte** in schwarz und  
 farbig, von 1,50 M. an,

**Weiche Zimmermanns, Bauern,  
 Baron, Reise- und Jockey-Hüte**  
 von 2 M. an,

**Konfirmanden- und  
 Knaben-Hüte**

neuester Facon, von nur 2 M. an,  
**Deckel-Facon** und **Reise-Mützen** in  
 150 Facons und Stoffen von 50 Pf. an,

**Knaben, Matrosen, Schüler-Facon**  
 und **Jockey-Mützen**, sehr billig, sowie

**Militär-, Beamten-, Kriegerver-  
 eins-, Werkführer-, Vorarbeiter-  
 und Gymnasialhüter Mützen**  
 in langjährig bekannnten Güte und Preis-  
 würdigkeit.

Hochachtungsvoll

**M. Schlöffel,**

Belfort, Weststraße,  
 Wilhelmshaven, Reonstraße.

**Zur Beachtung!**

In der letzten Sitzung des Bürger-  
 vereins Bant ist dem Vereinsboten  
 Herrn **Starke** der Auftrag erteilt  
 worden, die Steuern nach Jever nicht  
 allein von Vereinsmitgliedern, sondern  
 auch von Gemeindegewohnern, die  
 außerhalb des Vereins stehen, zu  
 heben. Somit wird derselbe **Sonn-  
 abend, den 16. März, Abends von  
 7 1/2 Uhr ab, im Lokale der Wwe.  
 Brumund** die Steuern in Empfang  
 nehmen. Auch können dieselben in  
 dessen Wohnung, Kreuzstraße Nr. 4,  
 (Jordans Haus), abgegeben werden.  
 Es wäre erwünscht, daß sich recht  
 viele Gemeindegewohner daran bethei-  
 ligten, um zu zeigen, wie dringend  
 diese Sache einer baldigen Regelung  
 bedarf.

**Der Vorstand.**

Hierzu eine Beilage.

Sonntag, den 17. März 1889.

Politische Rundschau.

Vant, den 16. März.

Berlin. Das Herr von Bennigsen nicht alles verschuldet haben soll! Die „Kreuztg.“ schreibt: „Mit Recht wird auf das unverhältnismäßige Herabsetzen der nationalliberalen Stimmen in den hannoverschen Wahlkreisen bei den letzten Gewahwahlen hingewiesen; ebenso beachtenswert ist aber auch das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, welches hier sogar in ländlichen Gemeinden beobachtet werden. Wir erinnern deshalb daran, daß bei der Ernennung des Herrn v. Bennigsen zum Oberpräsidenten der Provinz in einem sozialistischen Blatte zu lesen war, man müsse jetzt den nationalliberalen Parteien beim Worte nehmen, da er sich früher mehrfach über die Unangemessenheit des Sozialistengesetzes geäußert habe. Man schlug deshalb vor, in Hannover die sogenannte Vorkommung in Angriff zu nehmen, und daß das Stimmverhältnis in ganz Deutschland noch in einem ganz anderen Verhältnis gemacht, als in den hannoverschen Wahlkreisen, könnten nationalliberale Blätter der „Kreuztg.“ mit Recht zurückgeben. Es kann in der That nichts komischer sein, als die Einbildung, daß das naturnotwendige Wachstum einer welthistorischen Bewegung vollständig oder verlangsamt wird, je nachdem ein nationalliberaler oder ein sozialistischer Oberpräsident am Ruder ist. Alle Achtung vor der Wachstums einer Exzellenz, aber das kann keine letzten! — „Die Klagen der ländlichen Besten über den durch die Auswanderung herbeigeführten Arbeitermangel,“ schreibt die Frankf. Ztg. — werden von Jahr zu Jahr dringender. Man stimmt nach Mitteln, um die ländlichen Arbeiter an die heimathliche Scholle anzufassen. Auf welche Weise dies bewerkstelligt werden soll, darüber giebt uns ein Bericht über eine am 4. v. Mts. in Marienwerder stattgehabte Versammlung einer Anzahl von westpreussischen Landwirthen Aufschluß. Zunächst berieten die konservativen Herren über die Maßnahmen, welche die Landwirtschaft gegen den Kontraktbruch des Gehirndes zu nehmen habe. Man erblidete ein ausreichendes Mittel zur Unterdrückung desselben nur in der Einführung von Arbeitssicherern und in der strafgerichtlichen Bestrafung des Kontraktbruchs. Es wurde deshalb beschlossen, an den Reichstagler und den Reichstag eine Petition zu richten, in welcher gebeten wird, geeignete Vorkehrungen zu treffen, daß 1) sämtliche Arbeiter verpflichtet werden, Arbeitsbücher zu führen, daß 2) jeder Arbeitgeber, welcher einen Arbeiter ohne Arbeitsbuch beschäftigt, bestraft und zum Schadenersatz verpflichtet wird, und daß 3) der böswillige Kontraktbruch strafrechtlich verfolgt wird. — Wir sind überzeugt, daß die Einführung von Arbeitssicherern ein weiterer Grund für die Arbeiter zur Auswanderung sein dürfte.“

— Wahre Worte über Krieg und Frieden sprach unlängst der Abg. Dr. Kronawetter im österreichischen Reichsrath: „Wenn einmal jeder Staatsbürger das Recht haben wird, Vertreter seiner Anschauungen und Rechte in die Parlamente zu entsenden, dann wird es mit den Kriegen aus sein. Ich rede da nicht als Schwärmer und Phantast. Die Völker raufen nicht mit einander, und wenn man in der Nacht der Reaktion, welche jetzt überall herrscht, den ersten schwachen Schein einer zukünftigen Morgenröthe entdecken will, so findet man ihn in jenen Kongressen und Versammlungen, wo die Kernten und Kleinten im Volke zusammenkommen, ohne Rücksicht auf Nationalität und Sprache. — Da fällt es Niemanden ein, vom Kriegsführen zu reden. — Das Interesse, Kriege zu führen, hört dort auf und es wird dort aufgehört, wenn Staatswille und Volkswille sich gegeneinander beden. — So lange es aber andere Patrone sind, als die Völker, welche den Staatswillen konstruieren, so lange werden sie auch andere Zwecke und Interessen haben, als die Zwecke der Völker, welche dazu treiben, Kriege zu führen. Wenn den bevorzugten Leuten in einem Staate, oder den Mächtigen, welche halbe Erdtheile besitzen, der halbe Erdtheil noch zu klein ist und sie eine Vergrößerung anstreben, oder aus sonst irgend welchen Ursachen mit dem Nachbarvolke — nicht mit dem Nachbarvolke, sondern mit den bevorzugten Leuten des Nachbarvolkes, welche dort den Staatswillen konstruieren — in Karambol kommen, dann werden die Völker aufgerufen und dann muß der letzte Mann von Weib und Kind und von seinem Gewerbe weg und anderen Leuten den Schädel einschlagen, die er in seinem Leben nie gesehen hat, von denen er nichts weiß und die ihm nichts gethan haben. Wenn einmal dem Volke nicht ein Willen droht, wird er es nicht angeht, wenn der Volkswille einmal Zweck des Staates sein wird, dann werden solche Paragrafen nicht mehr notwendig sein, wo man ausdrücklich bestimmen muß, daß die Kriegsmacht nur zur Verttheidigung bestimmt ist. In den großen Massen des Volkes existirt der Chauvinismus nicht; Noth, Elend, Hunger und Entbehrung treiben alle Völker ohne Rücksicht der Sprache zu ganz anderen Dingen, als zum Kriegsführen. Es kann nur der Staat der Zukunft sein, welcher diese Kriege und Wehregesehe eingegraben.“ — Diese goldenen Worte verdienen in eine eherner Tafel eingegraben und an dem Haupte, wo über das Wohl und Wehe von Millionen verhandelt wird, angebracht zu werden.

— Die sogenannten deutschen Ständeherrn agitieren gegenwärtig durch Eingaben an den Bundesrath dafür, daß ihr besonderes Familienrecht nicht der Landesgesetzgebung vorbehalten werde, wo der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches in Aussicht nimmt, sondern reichsrechtlich ihnen garantirt werde. — Diese Herren verlangen

also die Erhaltung ihrer Ausnahmestellung gewissermaßen als ein Reichsgrundrecht.

— Hausung. In der Privatwohnung des Redakteurs der Berliner „Volks-Zeitung“, Dr. Wehring, hat am Dienstag eine Hausung stattgefunden, nachdem derselbe, wie wir bereits mitgetheilt, eine solche in den Räumen der „Volks-Zeitung“ vorkaufgegangen war. Während man hier eine große Anzahl Schriftstücke und Briefe fand, die kaum in einem „Kaffeehaus“ Platz fanden, war dort das Resultat ein weniger ergiebiges; es genigten zwei ineinander geschlossene Kammern des „Nordd. Allgem. Zeitung“, um die gefundenen Briefe und Schriftstücke zu beherbergen.

Deutscher Reichstag.

38. Sitzung vom 13. März.

Tagesordnung: Bericht, betreffend Privattransmittirte, Rechnungsführer über die Ausführung des Sozialistengesetzes.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, v. Malchow-Gülz; v. Marschall (Baden), Graf zu Dönhoff (Sachsen).

Das Haus ist sehr spärlich besetzt. Präsident v. Eversmann eröffnet die Sitzung um 2<sup>1/2</sup> Uhr mit der Mitteilung von dem Abgange des Abgeordneten Lindbergh. Die Mitglieder des Hauses erklären sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und erledigt ohne Diskussion in erster und zweiter Beratung bis am 1. Februar unterzeichnete Erklärung zu dem internationalen Vertrage zur Regelung der Hochseefischerei. Zur ersten Beratung steht der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Vereinsgesetzes vom 1. Juli 1869. Durch denselben erhält der erste Satz im zweiten Absatz des § 108 des Vereinsgesetzes folgende Fassung: „Sind die zu lagernden Baaren zugleich oder ausschließlich zum Absatz nach dem Auslande bestimmt (Privat-Transmittirte), so finden auf diese Lager, wenn sie unter amtlichem Wächterstand stehen, die Bestimmungen in den §§ 101 und 103 Anwendung.“

Nach unentschiedener Diskussion wird die erste Lesung geschlossen. Die zweite Lesung des Gesetzes wird im Plenum stattfinden.

Es folgt die Beratung der Denkschrift über die Ausführung des Sozialistengesetzes (Verhandlung des kleinen Belagerungszustandes).

Abg. Eber (Soziald.): Die Beratung ist diesmal aktueller als sonst, weil man erwartet, daß die Vertreter der Reichsregierung heute Erklärungen abgeben werden, wie sie es mit den angekündigten Änderungen des Sozialistengesetzes halten werden. Auf eine Diskussion dieser Rechnungsbereiche würden meine Parteigenossen unter keinen Umständen verzichten. Ein Recht, das nicht ausübt wird, wird unweirksam, und aus unserem Schwärmen könnten die Regierungen die Meinung ableiten, der Reichstag billige alle diese Maßregeln unbedenken. Nach dem Kommen des Dr. v. Schwärze zu dem Sozialistengesetz sollte der sogenannte kleine Belagerungszustand nur in Ausnahmefällen kommen, um für gewisse Gesammtheiten der wenigstens einer Erklärung des Reichstages übersehen zu sein. Er sollte nur vorübergehend angewandt werden. Allerdings ist ein Antrag der Kommission, vor die Worte „bedrohende Gefahr“ das Wort „unmittelbar“ zu setzen, abgelehnt worden. Es sollte den Regierungen aber doch nur ein gewisser Spielraum gegeben werden, der durch das, was ich vorhin anführte, begrenzt ist. Dies hat auch Herr v. Puttkamer anerkannt, indem er sich dagegen verwahrte, als Herr v. Eber von einer unangenehm Zeitdauer sprach, die den Regierungen gegeben werde. Welche Gründe werden uns hier zur Rechtfertigung der harten Maßregeln auf Grund des § 26 des Sozialistengesetzes angeführt? Die harten denselben Worte, wie früher, werden nicht mehr als Worte. In Bezug auf Berlin wird angeführt, es sei nach dem Tode des Kaisers Wilhelm und nach dem Regierungsantritt des Kaisers Friedrich ein Flugblatt veröffentlicht worden, welches grobe Neuerungen enthielt. Das ist wahr, aber „Der Sozialdemokrat“, der damals in Jülich erschien, hat dieses Flugblatt in klarer Weise getadelt. Was thut nun der Rechnungsbereiche? Er wirft die Parteileitung eine politische Heuchelei vor; es sei ihr unangenehm, daß die geheimen Anschauungen vieler Parteigenossen so unverhüllt und Tageslicht gesehen seien. In dem Artikel habe ich nicht davon geschrieben. Ich möchte Ihnen, um gewisse Gesammtheiten der wenigstens einer Erklärung des Reichstages übersehen zu sein. Man war entsetzt, daß am Standbrett eines jeden Konvaleszenten eine solche Beschriftung gesetzt wurde. Das war entsetzlich lobenswerth. Können wir dafür verantwortlich gemacht werden, was unter dem Tische des Innenministeriums ein paar belästigende Leute schreiben? Wenn sich j. B. ein paar gemeine Subjekte in die Partei einschleichen und zu allerlei Schandthaten aufreizen, zu diesen bösheligen Flugblättern ermuntern und sie selber drucken, so können wir doch nicht die Verantwortung dafür tragen. Aus dem Bericht sieht man den Schwärze des Reichstages heraus, daß die Reichstags nicht mit absoluten Thatsachen hervortreten. Was sind überhaupt Kadetten? Hier waltet doch nur ein Unverständnis des Temperaments ob. Seitdem ich die leeren Kadetten gemerkt, daß man oben sehr gern gewisse Thatsachen habe, haben sie ihr Temperament sehr gezeigt. Der Zeitschrift ist überhaupt sehr getraut und die Patrioten haben ihm diese Passivität zum Vorwurf gemacht. Von dem unangenehmen Versehen wende ich mich zu dem gemüthlichen Sachverhalt. Aber gemüthlich ist es dort auch nicht. Immer die Gewerkschaftsbewegung wird nach mir einer meiner Freunde sprechen. Wenn aber behauptet wird, daß diese Gewerkschaften die bestehenden anarchischen Ideen theilten, so verweise ich auf den berühmten Nationalökonom Professor, der noch nicht abgestirbt ist, wie die „Kreuztg.“ es wünscht. Dieser wird den Herren Kadetten zeigen, daß die Sozialdemokratie mit den anarchischen Ideen nichts zu thun hat. Das Verbot des „Vergiliger Volksblattes“ und des „Beobachters“ von Seiten der Aufsichtsbehörde — also Richter und Erhalter in einer Person — beweist doch nicht für die Nothwendigkeit der Verbändigung des kleinen Belagerungszustandes. Wie leicht man es mit dem Verbot solcher Zeitungen nimmt, erleben Sie aus dem Verbot der „Hamburger Rundschau“.

„Die Gesellschaft“, eine politische sehr gewinnreiche Monatschrift, äußert sich über dieses Verbot der Rundschau, es sei eine höchst belästigende Maßregel. Für wen? Ich überlasse es dem Ehrfurcht des Reichstages Herrschaft zu entscheiden, wer damit gemeint ist. Und die „Echtemia“ in Prag, die unglücklich auf dem anständig bürgerlichen Standpunkt der „Schlesischen Zeitung“ steht, meinte, dieses Verbot sei das Produkt einer eigenwilligen Interpretation durch die untergeordneten Organe. Und das untergeordnete Organ, durch welches dieses Verbot ausgesprochen wurde, war die Reichstagskommission, gezeichnet Herrschaft. Mit dem Streik hat die Sozialdemokratie gar nichts zu thun. Die Sozialdemokraten suchen die Streiks zu verhindern; denn sie sind für beide Theile gefährlich. Was soll ich nun zu den letzten Überlegungen des Herrn sagen? (Seufzer.) Ich möchte in seiner Eigenschaft das sagen, was dem Erwaunte Tasse sein Begleiter sagt, nämlich: „Ich kann mit ihm nicht rechten, und kann ihn nicht verlassen; denn wie er steht, ist er kein heurer Mann.“ Die großartigste politische Regierung hat den kleinen Belagerungszustand über Offenbach verhängen müssen, weil die preussische Regierung es durch einen moralischen oder nicht moralischen

Grund zu erreichen gewußt hat. Dafür, daß in Offenbach je eine sozialdemokratische Partei herabgefallen ist, ist uns die kaiserliche Regierung bis heute den Beweis schuldig geblieben. Der Reichsrichter über Frankfurt giebt keine Gründe, weil er sie nicht hat. Er ist aufgegeben worden, die Rechtfertigung zu schreiben. Er setzte sich hin und that, was ihm befohlen war. Da werden j. B. die Gesangsvereine ins Feld geführt. Das Wort des Dichters: wo gesungen wird, da laß dich ruhig nieder (Weilerkeit), hat jetzt seinen Sinn mehr, denn wo gesungen wird, wird der kleine Belagerungszustand verhängt, da kann man sich nicht ruhig niederlassen. Ueber die Geschichte mit den roten Bändern im Kniefloch hat sich seiner Zeit schon das „Frankfurter Journal“ lustig gemacht. Man greife auf die Seiten der „Auriferen“ und der Demagogenerwählungen zurück. Welche Schuld haben wir denn daran, daß sich ein Anarchist und zwei Schneider in Frankfurt aufgehalten haben. Was Ettling andrerseits, so wird die unwohne Behauptung aufgestellt, der „Beobachter“ sei heimlich von Person zu Person verbreitet worden. Der „Beobachter“ erscheint öffentlich und auch das Ettlinger Petitipapier ist durch die Post abhandelt. Der Nauener Haderstein ist schon 1886 und zwar auf Grund des gewöhnlichen Vereinsgesetzes gelöst worden. Der Züchter Haderstein im Jahre 1887, immer noch vollständig gelöst, die Sache ist noch nicht zur gerichtlichen Verhandlung gelangt. Treubruch führt die preussische Regierung diese Vereine an als Argument für die Verbändigung des kleinen Belagerungszustandes. Der Rechnungsbereiche gründet die Annahme einer geheimen Organisation in Ettling auf die Aussage eines Zeugen im Prozeß Müller. Dieser Mann hat aber nur geschworen, einzelne Freunde in einer Wirthschaft eingeladen, einer Verbindung beizutreten. Seine Aussagen in dem Prozesse hat das Gericht nicht gelten lassen wollen, während sie hier, der Würde des Reichstages nicht entsprechend, benutzt werden, um den Belagerungszustand zu rechtfertigen. Die Lebensordnung in Ettling ist nicht nur gerichtliche Verhandlung, sondern eine Versammlung statt, in der eine Kommission gewählt wurde, welche die Direktion des Buffan für die Forderung ausarbeiten sollte. Da die Direktion diese Forderung rückwärts abwich, welche die Kommission eine weitere Verlesung an, die aber von der Polizei verboten wurde. Am Vormittag wurde das Verbot bekannt, und am Nachmittag legten 600 Arbeiter ihre Arbeit nieder. Nach vier Wochen hörte der Streik auf, weil die Direktion die Erhöhung bewilligte. Es hat also nicht die Absicht bestanden, die Bewegung für die Verbändigung zu benutzen. Die Ettlinger Sozialisten hatten lange vor der Wahl erklärt, sich nicht zu betheiligen. Die Franzosen betheiligen der Streik für sozialistische Zwecke ist jetzt besonders aktuell, weil in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erklärt wird, daß bei dem im Frühjahr bevorstehenden Wahlkampf in Berlin die Arbeiter die Koalitionrecht gebrauchen könnten, vorausgesetzt, daß die Bewegung nicht dazu benutzt wird, die Chancen bei den künftigen Reichstagswahlen durch Anreizung zu verringern. Wer entscheidet aber über die Absicht? Die Aufsichtsbehörde allein, bei der eine unparteiische Handhabung nicht vorauszusetzen ist. Unter den allgemeinen Gesichtspunkten für die Verbändigung des Belagerungszustandes wird als Hauptargument die noch immer bestehende Parteiorganisation angeführt. So lange die Sozialdemokraten nicht zu gesellschaftlichen Thatsachen übergehen, sollte man ihnen doch auch das Recht lassen, ihre Parteigenossen selbst zu regeln. Wer ist schuld an der geheimen Parteiorganisation? Nur diejenigen, die jede andere Organisation dem Arbeiter unmöglich machen. Die Partei wird alle Kräfte sicheres befehlen und wenn Sie nach ihrem Untergange den Belagerungszustand aufheben wollen, werden Sie lange warten müssen. Es besteht aber auch die Absicht, durch den Belagerungszustand gewisse Personen direkt zu schädigen. Oft will man durch die Ausdehnung gewerblich thätiger Männer nur den Anhangsmitgliedern entgegenkommen, wie es in Berlin der Fall ist. Man hat doch nicht zu wünschen, daß die Parteigenossen betheiligen. Warum sollte man denn immer die Parteigenossen für die Aufschüpfung von Kadetten wahlen? Ein auswärtiger Frankfurter, Heinrich Ritter, erlitt nicht die Erlaubnis, zurückzuführen, trotzdem ihm ein Kind gefährlich erkrankte. Das Kind starb, und es erkrankten ihm später noch zwei Kinder an Diphtherie. Da er wußte, daß ihm wiederum die Erlaubnis verweigert würde, reiste er ohne eine solche Erlaubnis nach Frankfurt, wurde auf dem Bahnhof erkannt und verhaftet. Auch die beiden Kinder starben, während der Vater sich in Unterdrückung befand. Derlei Präsident, bei der Erlaubnis verweigert, der nationalökonom Herr von Hagenbach, hat in einer Rede erklärt, sein Recht sei der Armen und Kranken zu widmen. Es ist das eine politische Heuchelei der ärgsten Art. Die Ausweisungen betreffen nicht, wie Herr v. Puttkamer einmal erklärt hat, besonders gefährliche Männer, sondern oft Kranke, Krüppel und Weiber, die sich seit Jahren von den Parteilichen fernhalten. Beschwerden an den Reichstagsler würden fruchtlos sein. Da die Verbändigungsbereiche die entscheidende Instanz sind, sollte man die Beschwerden an diese richten können, die aber auch meistens fruchtlos sind. Da kommt auf eine Beschwerde umgehend als Antwort eine erneuerte Anweisung. Willst du Bundesrath wäre es auch, sich über die Entschüpfung zu informieren. Glauben Sie die Unterdrückung der lauten Kapitulation, die man in der Denkschrift hervorhebt, mifflid für einen Erfolg? Nur ehrlichen Spielbürgern und Willkürern kann daran gelegen sein, die äußere Ruhe hergestellt zu wissen. Die Anweisungen sollten anders denken. Jetzt ist das Rechtsgesetz in den Massen gränlich zerstückt. Die roten Kräfte werden immer mehr und mehr entziffert. Die Nationalökonomien machen sich an, ein philolophisches Problem zu lösen, dabei, daß sie fragen, daß die ganze Gesellschaft nur durch Interessen zusammengehalten werden, und doch erkennen die größten Männer noch immer als die Grundlage der Gesellschaft das Recht und Willkürgefühl an, das Sie durch Ihre Verhältnisse erhalten. Wäre Herr Ritter heute hier anwesend, er müßte sagen, daß in Frankfurt nur der geringste Grund für den Belagerungszustand besteht. Der Herr ist aber in der glücklichen Lage, glauben zu können, daß er je einmal in Frankfurt unbedenklich ist, wenn hier über die dortigen Ausnahmemaßregeln verhandelt wird. Die Mitglieder des Frankfurter Magistrats sind auch alle entrüthet über den dortigen Ausnahmestanz. Es ist ein Erfolg des kleinen Belagerungszustandes, daß derselbe in immer weiteren Kreisen verurtheilt wird und mit ihm das ganze System. Es wäre wünschenswerth, daß wir heute hören, ob die Ausweisungen der öffentlichen Presse über die Zukunft des Sozialistengesetzes auf Wahrheit beruhen. Die Einen meinen es wäre die Absicht, das gemeine Volk zu ergründen, die Andern meinen, daß es nur ein Versuch für die Nationalökonomien damit ihre Vorlesungen aus der vorigen Session ledig würden. Was geht vor? (Seufzer.) Daß die Erweiterung des Strafgesetzes eine mildere Praxis nicht bedeutet, entspricht ganz den heutigen Anschauungen über die Humanität. Künftigen Geschichtsschreibern müssen wir das Vertheil über unsere heutigen Zustände überlassen. Wir schämen aus der Zunahme der theoretischen Lebenszeugung von der Berechtigung unserer Grundzüge Hoffnungen für unsere Zukunft. Von dem Belagerungszustand wird in Zukunft nichts übrig bleiben, als die unrichtige Erinnerung an eine Staatsform, die ihr eigenes Dasein, aber das Dasein einer angeblichen zivilisirten Gesellschaft durch solche Dinar zu kosten vermag.

Während dieser Rede ist der Reichstagsler in den Saal getreten, nimmt auf den Bänken der Rechten neben dem Abg. v. Fredebeck Platz, um sich lange und lebhaft mit ihm zu unterhalten. Er verläßt dann noch während der Rede des Abgeordneten Sabot wieder den Saal.

Abg. Reber (Zma. n.): Der Herrredner hat gesagt, daß die in Regierungskreisen über die zukünftige Gestaltung des Sozialistengesetzes gepflogenen Verhandlungen nur den Zweck hätten, die Ratio-



allliberalen Kreis des Preussens zu entziehen, im Laufe des Legislaturperiode das Ausnahmeregulirung zu beilegen und zu dem gemeinen Recht überzugeben. Es hat sich nämlich über das, was die National-liberalen in Bezug auf das Sozialistengesetz ausgesprochen haben, ein förmlicher Antrag in der Reichsversammlung gemacht, der dahin lautet: "Es wird beschlossen, die mit dem Sozialistengesetz nicht in Einklang stehenden Bestimmungen, die in der Reichsversammlung nicht in Einklang stehen. In der vorigen Session, wo die Frage des Sozialistengesetzes behandelt wurde, haben wir erklärt, bereit zu sein, einer Verlängerung auf zwei Jahre zuzustimmen, um irgendwelche Gelegenheiten zu der Ermüdung zu geben, es dieses Gesetz durch ein besseres und dauerndes zu ersetzen. Wir haben keine Verpflichtung übernommen, das das neue Gesetz sich auf den Boden des gemeinen Rechts bewegen müsse."

**Abg. Frohne (Socialist.)**: Der Streit der Sozialarbeiter in Berlin ist dadurch entstanden, daß die Verwaltung der bedeutendsten Werke offenbar bewußt war, die ihnen niedrigen Löhne noch weiter herabzudrücken, u. doch in diesen Werten damals der Bauer der Subventionen dampfer übertragen werden, durch welche man den Arbeitern einen guten Verdienst zu schaffen meinte. Der Reichsanwalt hat im Jahre 1881 erklärt, daß er alle Befreiungen, welche auf positive Verleihung der Lage der Arbeiter gerichtet seien, billigt. Man kann demnach den Arbeitern nicht verweigern, wenn sie von dem ihnen gesetzlich eingeräumten Rechte der Koalition auch Gebrauch machen. Die Unterdrückung der Gewerkschaften ist nach jener Kennerung des Reichsanwalts vollständig unerbittlich. Der Streikverbot des Reichsanwalts von Postämtern und seine Anwendung bewirkt die Verminderung, daß Koalition verboten ist, was die Arbeiter nicht anerkennen. Sie selbst antworteten anerkennend, daß die Verhinderung sich unter dem Schutz der Koalition, also durchaus gesetzmäßig vollzieht. Das Sozialistengesetz hat diese Befreiungen nicht treffen wollen. Die Zehnmalige einer großen Anzahl Sozialdemokraten an der gewerkschaftlichen Bewegung beweist nichts für die Anwendung des Sozialistengesetzes auf die Arbeiter. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind so zu sagen auch Menschen. Alle Maßnahmen gegen die gewerkschaftliche Bewegung entsprechen nur dem gegen die Selbstthätigkeit der Arbeiter gerichteten System unter beherrschender Autorisation. Die Arbeiter sind nur bestimmt, den Arbeitgeber in Kampfe mit den Arbeitnehmern beizustehen. Der Streit der Arbeiter in Hannover ist dadurch herbeigeführt, daß die Fabrikanten die Drahtstation der Arbeiter sperren wollten. Das Bestreben der vereinigten Arbeitgeber, besonders der Zinnlager, geht dahin, das Koalitionsrecht der Arbeiter möglichst einzuschränken. Die Zinnlager haben aber die Aufgabe, ein gebührendes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herzustellen. Die Polizeibehörde, z. B. in Hamburg, schützt die Arbeitgeber mehr, als das Gesetz erlaubt. Im Pottfamer Lager Streikverbot ist die Unterdrückung von Arbeitern, zu streifen, unter Strafe gestellt. Wenn einmal das Koalitionsrecht besteht, muß die Möglichkeit gelassen werden, andere Arbeiter zu überreden, an einer Bewegung teilzunehmen. Als der Arbeiter Verein, als Mitglied der Agitationskommission in Hamburg, auf einer Agitationstour in Langen im Kreise Offenbach im August vorigen Jahres eine Versammlung halten wollte, um für die gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter daselbst thätig zu sein, wurde die Versammlung verboten, und Lorenz reiste nach wenigen Stunden Aufenthalt wieder ab. Nach Hamburg zurückgekehrt, wurde er auf Grund des Sozialistengesetzes aus dem Kreise Offenbach ausgewiesen. Auf seine Befreiung erklärte das hessische Ministerium, unterzeichnet vom Minister Fingier, die Ausweisung für gerechtfertigt, weil Lorenz von 1875 bis 1878 dem Reichstag des im letzten Jahre aufgelösten sozialdemokratischen allgemeinen Manners und Steinbaurvereins angehört habe, weil er nicht in öffentlichen Versammlungen, wo nur sozialdemokratische Redner auftraten, den Vortrag gehalten, der Agitationskommission des Arbeitervereins der Maurer als ein der thätigen Mitglieder angehört und bei den Wahlen 1884 und 1887 in hervorragender Weise für die sozialdemokratischen Kandidaten agitiert habe! Was sind das für Gründe! Der Mann hat lediglich seine staatsbürgerlichen Rechte ausgeübt. Der allgemeine Manners und Steinbaurverein ist auch nicht aufgelöst, er hat sich selber aufgelöst. Man sollte nicht mit dem Worte "aufgelöst" solchen Dummheit treiben. So magen es die Behörden, gesetzlich erlaubte Handlungen so darzustellen, daß eine Ausweisung erfolgen kann. Wie unanständig ist die Behörde, einen Mann wegen Handlungen auszuweisen, welcher seine heimathlichen Behörden in Hamburg keinen Anstoß zu einem Vorhaben gegeben hat. Bei solcher Anwendung des Sozialistengesetzes muß den Herren von der Regierung selbst grau und blau vor den Augen werden. Ich appelliere an das Rechtsbewußtsein aller derjenigen, die noch ein solches haben. In einer Zeit, wo in Preußen die Erhöhung der Kronkassation von 12 auf 16 Millionen gerechtfertigt wird mit dem allgemeinen Steigen der Preise (Abg. Singer: Sehr richtig), wo man Angesichts der ganzen Welt ganz ernst behauptet, der preussische Sozialist könnte mit über 12 Millionen, ist nicht möglich, so eine Volksvertretung einstandslos zu bewilligen, wenn man es, den Arbeitern, die um ihr täglich Brot kämpfen, das Recht zu nehmen, nach einer günstigeren wirtschaftlichen Lage zu streben. Das ist ein nettes praktisches Christentum! Gerade in Ihrem Interesse liegt es doch, das Christentum so praktisch wie möglich zu machen. Der Kaiser hat es als eine sehr wichtige soziale Aufgabe bezeichnet, den Arbeitern begreiflich zu machen, daß sie ein gleichberechtigter Stand haben und als solcher anerkannt werden. Die Worte sind durchaus berechtigt. Gerade die Sozialdemokraten haben sich bemüht, die Rechte über die Gleichberechtigung ihres Standes anzufachen. Wir werden aber deshalb gesammelter und versierter. Nach dem dem habe ich nicht nötig, Ihnen noch ein besonderes Kapitel über die Ehrlichkeit von Behörden und Regierungen zu halten.

**Abg. Viehnecht (Socialist.)**: So dürfte die Gründe für die Rechtfertigung des Belagerungszustandes sind, das gebe ich dem Vertreter des Bundesrats zu, das Sie, je länger der Belagerungszustand dauert, desto mehr Gründe für denselben haben werden. Eine Belagerung für die Art der Rechtfertigung liefert besonders nach der Umfassung, daß das eine Mal der "Sozialdemokrat" als das Organ der Parteileitung hingestellt und dann wieder eine in dem Blatt abgedruckte Erklärung, eine Rede halten wollte, aus Offenbach, weil ich dort landstrich; aus Hannover, weil ich einig Offenbacher Freunde dortselbst besuchte. Aus Leipzig haben seit Jahren viele Ausweisungen von Männern allein wegen ihrer Thätigkeit in Arbeitervereinen stattgefunden. So sind Mitglieder des Vorstandes des Metallarbeitervereins, des Eislervereins und anderer Arbeitervereine ausgewiesen worden. Die Leute haben sich überall erkundigt, wie ihr Verbleib der Auflösung entgegen stünde, und haben danach ihre Gedanken und Einrichtungen gefaltet. Aber wegen irgend eines ungeschickten Ausspruchs eines Mitgliedes in einer Versammlung wird der Verein aufgelöst und der Mann ausgewiesen. Der Streikverbot war dabei angehängt worden, wenn sie nicht aus dem Arbeiterverein ausgingen, würden sie ausgeliefert. Die Mitglieder waren selbstverständlich mahnend genug, nicht anzutreten, und wurden ausgeliefert. Da kam die Polizei zu Hilfe und löste den Arbeiterverein auf. Und als trotzdem die Bewegung der Arbeiter nicht unterdrückt war, griff man zum Sozialistengesetz, und plötzlich wurde ein Geheimbund entdeckt. Dasselbe wurden denn auch nach langer Unterdrückung durch eine Anzahl von Zeugnissen Gefängnisstrafen verhängt. Alle diese Leute haben nichts getan, als daß sie zusammenkommen sind, um ihre Forderungen zu besprechen. Wenn aber der deutsche Arbeiter nicht, daß in Leipzig ein Geheimbund entdeckt wor-

den ist, so soll er von Nord und Empörung. Alles, was eingetreten ist, ist von uns vorausgesehen worden. Das Sozialistengesetz ist die Forderung gewesen, aus der alles dies hervorgegangen ist. Wir sind, was wir sind, und haben es auch. Aber wir haben wahrscheinlich keine Freude daran, mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen. Die wollen die Befreiung der Dinge, und es freut uns sehr, wenn wir sie auf gesetzlichem Wege haben können. Der Mittelstand aus dem Sozialdemokrat ist heute nicht geöffnet worden; allerdings können wohl nur alte Weiber von einer Gänsehaut dabei überlaufen werden. Für jede solche Kennerung können wir unterlassen Ihnen Thaten bringen, die jedem mitfühlenden Menschen das Blut in Wallung bringen können. Wir sind mit einer gewissen Ironie auf die Verlegenheit, in der Sie sind, das Sozialistengesetz in das gemeine Recht überzuführen. Sie sind mit Thätigkeit in das Sozialistengesetz hineingekommen, nun können Sie die Folgen Ihrer Thaten nicht los werden. Sie schleppen das Sozialistengesetz mit sich, es ist Ihnen eine schwere Kette geworden; wir haben sie zerissen. Ob Sie uns abtrügens ausnahmsgemäß braten oder gemeinrechtlich schmoren, das ist uns völlig gleichgültig. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird eingebracht. Vor der Abstimmung darüber bemerkt Abg. Singer die Verhältnisslosigkeit des Hauses. Da das Bureau einmündig das Haus für nicht beschlussfähig hält, wird die Sitzung abgebrochen. Sitzung 9. Ubr. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Ubr. (Anträge der Abg. Rulmann und v. Busch, betr. Abänderung der Zivilprozessordnung; Revisionen.) (Fortsetzung in Hauptblatt.)

### Soziales.

— Beim Norddeutschen Lloyd beträgt der Betriebs-Ueberflus pro 1888 ca. 12 Millionen Mark. Der sehr günstige Abfluß gestattet, neben 5 Mill. Mark Abschreibungen die Dotierung des Reservefonds mit 2 1/2 Millionen Mark. Es soll eine Dividende von 12 Prozent zur Verteilung gelangen. Die bedauerlichen unteren Schiffsarbeiter, Kohlenarbeiter u. werden nach wie vor bei elenderer Bezahlung bis aufs Blut ausgebeutet und dem Wahnsinn und Selbstmord in die Arme getrieben. Was kümmert das die Herren Direktoren und Aktionäre, welche am Jahresfluß die fetten Tantiemen und Dividenden einstreichen.

— Arbeitszeit und Arbeitslöhne. In den Neuen Deilmühlen ist die Arbeitszeit eine 18stündige. Die Arbeit wechselt Mittags und Nachts um 12 Ubr, mit einer 1/2stündigen Pause zu Mittag, des Abends um 7 Ubr, Nachts um 12 Ubr und Morgens um 8 Ubr. Der Lohn für diese 18 Stunden beträgt drei Mark. Das sind standesläufige Zustände. Natürlich muß diese Ausbeutung die Arbeiter ruinieren. — In der Lausitz, im Wendengipfel, beträgt bei gut zahlenden Ostböhmern der Tagelohn pro Mann und Stunde 10 Pf., pro Frau und Stunde 6 Pf. — Nach den Mitteilungen der Wiener "Freien Schulmader-Zeitung" beträgt der durchschnittliche Lohn eines Schuhmachers in Magdeburg 8—10 M., wöchentlich, die Arbeitszeit an Wochentagen 15 bis 17, Sonntags 8 bis 10 Stunden.

— Ueber die Nothlage der Glasarbeiter auf der böhmischen Seite des Jergebirges wird der "N. Fr. Pr." geschrieben: "Seit Jahrhunderten ist auf der Südseite des waldreichen Jergebirges die Glasindustrie heimlich. Seit beinahe einem Jahre macht sich nun auf diesem Industriegebiete ein schlechter Geschäftsgang geltend, der zur Folge hat, daß in den Arbeiter-Familien der Hunger herrscht. Es giebt Arbeiter, die wochentag gar nichts verdienen. Um nun diese Beschäftigungslosen einigermaßen unterstützen zu können, sind in den Bezirken Gablonz und Tannwald bereits Sammlungen eingeleitet worden. Man will für die Nothleidenden Lebensmittel und Feuerungsmaterial anschaffen. Der Stadtrat von Gablonz hat die Stadt aufgefordert, für die Erwerbslosen im "Gebirge" ihr Scherlein beizutragen. Es nimmt sich dies höchst selbstsam aus gegen den immensen Aufschwung, den die Stadt Gablonz mit ihren Prachtbauten in den letzten zehn Jahren gemacht hat."

### Die Moral der Zukunft.

Im Januarheft der "Deutschen Warte", einer von dem österreichischen Abgeordneten Bernerstorfer in Wien herausgegebenen Monatschrift, begegnen wir einem gedankreichen Artikel über "das moralische Bedürfnis unserer Zeit", den wir — nur soweit gefügt, als es die Raumverhältnisse erlauben — zu reproduzieren uns gestattet. Der Fortschritt der materiellen Produktion, sagt der Verfasser in der Einleitung, ist eine unabweisbare Thatsache, aber er kommt nur einem Theil der Gesamtheit zu Gute und es bildet sich eine beklagenswerte Scheidung, der früher oder später ein Ziel gesetzt werden muß. Dann fährt er fort:

"Ist die Frage der gesellschaftlichen Güterverteilung nicht eine moralische? Ist unser sittliches Gefühl nicht von der Wahrnehmung empört, daß Menschen, welche in harter Arbeit ihr Dasein verbringen, um Gewinne der meisten und edelsten Lebensgüter ausgeschlossen sind, während andere durch den Zufall der Geburt, durch unethische Mittel, durch Ausbeutung fremder Arbeitskraft sich bereichern und die Möglichkeit des gesteigerten Lebensgenusses, eines sorglosen Daseins und geistiger Freude aller Art erwerben? Wenn wir uns abergenen, daß in der Gesellschaftsordnung die Uralten zu suchen sind, warum die Einen trotz allem Fleiße niemals die Noth des Daseins verlassen, die Andern ohne Anstrengung und Mühe die Früchte des Lebens pflücken, muß da nicht in uns die unermeßliche Schlußfolgerung zum Bewußtsein kommen, daß in der Ordnung ein mit unserer sittlichen Bedürfnisse in Widerspruch stehendes Element wirksam sei, das wir unschädlich zu machen suchen müssen?"

"Das Gewissen, der Ausdruck unserer sittlichen Vorstellungen, ist nichts Angeborenes, von Natur Gegebenes Fertiges; es entsteht auf Grund der Lebensverhältnisse, der Erziehung, der durch die gesellschaftlichen Autoritäten eingepflanzten Grundsätze, es wird durch Sitte und Gewohn-

heit, wohl auch durch das Gesetz, befestigt und gesichert. Der letzte Grund unserer wahren sittlichen Anschauungen sind aber die gemeinsamen geistigen Interessen, die uns mit anderen verbinden und die, sobald sie von uns richtig erkannt worden, auch mit Nothwendigkeit die Forderungen erzeugen, die wir an uns selbst, an die Mitmenschen und an die menschliche Gesellschaft in ihren verschiedenen Formen stellen."

"Woher schöpfen wir aber diese Grundbegriffe, ohne welche wir niemals echt sittlich zu handeln vermögen? Die ersten Lebensjahre eines Arbeiterkindes sind so arm an geistigen Anregungen, daß alle Hoffnung auf die sittliche und intellektuelle Entwicklung desselben nur auf der Schule beruht, die ja auch den Stolz der modernen Gesellschaft bildet. Welche sittliche Erziehung genieht nun dieses Kind in der Schule? Es ist kaum möglich, daß jemand von einer freien sittlichen Erziehung spricht; schon der Ausdruck "religiös-sittliche" deutet an, daß es dabei nicht auf Sittlichkeit im reinen Sinne des Wortes, auf Ausbildung des geistigen, auf Harmonisierung des Gefühlslebens, auf die Förderung des Idealen ankommt, sondern auf die Unterwerfung unter gewisse kirchliche Lehrgänge und auf die Moral nur soweit, als sie staatlichen Herrschaftszwecken dient und mit den kirchlichen Dogmen nicht in Widerspruch gerät. Der Katechismus liefert die sittlichen Grundsätze für das Leben. Die Grundlagen eines höheren menschlichen Daseins werden dadurch mit einem System religiösen Glaubens so innig verbunden, daß mit dem Zerfall das letztere auch die ersten unvermeidlich zusammenbrechen müssen."

"Weit wichtiger noch als der erziehende Einfluß der Schule ist der des Lebens, in welches der Mensch aus der Schule tritt. Die Entbehrungen, welche ihm im Kampf um's Dasein zu Theil werden, gestalten oft die ihm in der Schule eingelesenen moralischen Anschauungen völlig um; dies wird um so häufiger und nachhaltiger geschehen, je mehr die Moral der Schule von der des Lebens abweicht. Wer wird aber behaupten wollen, daß die moderne Gesellschaft nach den Grundsätzen der christlichen Moral sich richtet, daß ihre wesentlichen Einrichtungen vom Geiste des Christenthums bestimmt sind? Auf Schritt und Tritt sieht man auf Grundgebungen einer Auffassung, die dem ursprünglichen Geiste des Christenthums geradezu entgegengesetzt ist; das wirtschaftliche Leben, welches über das Dasein der ungeborenen Mehrheit entscheidet, kennt keine Liebe, zeigt keine Spur von christlicher Milde und Opfermühseligkeit."

"Nur mit Achselzucken wird demjenigen geantwortet, welche in kindlicher Naivität von der Anwendung der christlichen Liebe auf die wirtschaftlichen Beziehungen reden. Und besser ist es noch, wenn die Vertheidiger des jetzigen Wirtschaftssystems offen die Unvereinbarkeit der offiziell verkündeten Moral mit den modernen gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zugestehen, als wenn heuchlerisch verdröht und gelogen wird, um die Empörung des Gemeinen gegen die Unmenschlichkeit bestehender Ordnungen vorzeitig zu erlösen."

"Nun sehen wir aber, daß heute allenhalben das freie Gewissen gefesselt ist das Joch, die dem unerschütterlichen Menschenherzen ein Grauel sind, als über alle Kritik erhaben gelten und den Menschen zu deren Verderben aufgezogenen sind, ohne daß Jemand wagen darf, von ihnen die Wahrheit zu sagen, wenn er nicht als Unrathseliger angesehen werden und dem Haße der Beflügelten verfallen will. Ist es nicht eine Schande für die "christliche" Gesellschaft, daß sie Einrichtungen bestehen läßt, welche Millionen Arbeitender trotz harter Arbeit zum Elend verurtheilen, während durch diese Arbeit Andere zu wachsendem Reichtum und einem Leben der feinsten Genüsse gelangen? Wenn das Gewissen sich aufbäumt, was ist in dieser "christlichen" Gesellschaft sein Lohn? Wie behandelt dieselbe Gesellschaft den Unglücklichen, der zum Verbrecher geworden? Sie straft ihn, wenn sie milde ist, an Freiheit und Ehre, sie stößt ihn aus der bürgerlichen Gemeinschaft, in der allein es Arbeit und Brot giebt, und sie prägt ihm ein Brandmal ein, das ihn oft auf immer erlosch macht und zu weiteren Verbrechen drängt, wenn nicht die fühlenden Herzen Einzelner ihn erretten. Und dies thut sie, obwohl alle Gebildeten wissen, daß die große Mehrzahl der Verbrecher in der Mangelhaftigkeit der gesellschaftlichen Einrichtungen ihre Wurzel hat, und daß diejenigen, welche auf solchen Wege zu Verbrechern werden, die Hilfe und das Mitleid und nicht den Haß derer verdienen, die durch dieselben mangelhaften Einrichtungen bevorzugt werden, welche das Verderben Anderer begründen."

"Bringt man zur Rillebung dieser Anklagen vor, daß die Summe der in der Gesellschaft stetig stehenden Ungerechtigkeiten früher eine noch weit größere war, und daß ein allmählicher Fortschritt zum Besseren unabweisbar sei, mehr aber auch nicht verlangt werden könne, so überfließt man aber dabei, daß eine gemaltige Umwälzung im Denken der Volksmassen zum Theil bereits vor sich gegangen ist, zum Theil in der Entwicklung begriffen ist, welche die bestehende Ungerechtigkeit oder Unbilligkeit gewisser Zustände und Einrichtungen erst zum Bewußtsein der Menge bringt und daß hierdurch das Gefühl des erlittenen Unrechtes sehr gesteigert wird. Die großen Volksmassen waren früher gläubig im Sinne der christlichen Kirchengemeinschaften, das Jenseits verklärte die Leiden des Lebens für die Armen und Elenden mit einem Schimmer schöner Hoffnungen und Träume."

"In einer Jahrhunderte langen Geistesarbeit großer Denker wurde die Glaubenswelt des Christenthums zerstückelt, die Natur entgeißelt, der Himmel verweltlicht, wurden dem jenseitigen Dasein die Voraussetzungen geraubt; was die Philosophie begonnen, vollendeten die Naturwissenschaften durch die Entdeckung einer Fülle von Thatsachen,





Gertrude's nachdenkliche schwarze Augen bligten plötzlich auf, als der Vater von dieser großen Erbschaft sprach, die ihrem Vornehm zu ungehörig in den Schooß fallen konnte. In der That, eine Unmöglichkeit war es nicht! Onkel Vaschnig aber war unermesslich reich!

„Alles an Gustav“, meinte Frig Ribbed. „Nun, mir sollte es recht sein. Ich laudere nicht auf Onkel Vaschnig's Geld. Indes ich bin dafür, er läßt es von uns Allen Keinem — sondern vielmehr dem ersten Weihen oder dem Letzten, der ihm in den Weg tritt, denn Sinn für die Familie hat er doch niemals gezeigt.“

„Ich weiß überhaupt nicht recht, wie wir alle mit ihm verhandelt sind“, sagte Erna.

Grädmig juckte die Achseln.

„Das ist doch so einfach, und ich habe es Dir auch schon hundert Male erklärt. Onkel Vaschnig hatte zwei Schwestern, nicht wahr? Hermine Vaschnig, die als alte Jungfer gestorben, und die er beerbt, und Anna Vaschnig, Deine Großmutter, die drei Töchter gehabt, nämlich Amalie Vaschnig, Frig Ribbed's Mutter, die Aelteste, Louise Vaschnig, Deine Mutter und Margarethe Vaschnig, Mathilden's selige Mutter und Onkel Gustav's erste Frau. Danach brauchst Du Dir nicht erst an den Fingern abzählen, daß wir alle gleich nahe mit dem alten Vaschnig verwandt sind. Und nun muß ich aufbrechen und zur Börse fahren.“ (Fortsetzung folgt.)

**Vermischtes.**

— Sprechende Lokomotiven. Aus New-York wird der „Frank. Ztg.“ geschrieben: „Am Crinle, der berühmte amerikanische Humorist, sagte einmal in einer seiner tiefgründigen Sonntagsbetrachtungen, es müsse als ein Glück betrachtet werden, daß das Zeitalter nur Einen Edison hervorgebracht habe, ein Duzend von ihnen, jeber mit verschiedenen Ideen, würden eine Verwirrung anrichten, daß jedes Jahrzehnt den Stempel einer neuen Zeit trüge und jede Erfindung, bevor dieselbe noch ausgemittelt sei, ins Reich des Geschehen verweisen würde, um anderen, die sie überflügeln, Platz zu machen. Dieser Satz drängt sich bei dem Bekanntwerden der neuesten „contreprise“ Edison's unwillkürlich dem Sinn auf, nämlich des „Eisenbahn-Dampf-Linguagraphen“, der wiederum einen Schritt vorwärts in das Dunkel der Unmöglichkeit repräsentiert, abgesehen davon, daß man hierzulande, wo die kleinen und großen Erfindungen ohnedies aus der Erde zu wachsen scheinen und was mehr ist, gleich dem praktischen Gebrauch dienstbar gemacht werden, überhaupt nicht mehr an Unmöglichkeit glauben mag. Edison hat in Gemeinschaft mit Thomas Lomay von Winneapolis, dem bekannten großen Eisenbahnbauer des Westens einen Apparat patentiren lassen, welcher die Dampfmaschinen der Lokomotiven in höchst origineller Weise ersetzen soll. Demnach wird die Dampfmaschine nicht mehr pfeifen und schrillen, nein, zur Freude der nervös und nervöser werdenden Menschheit hört das gellende Heulen auf und die Maschine — spricht, spricht, allerdings in donnernden Lauten, die sich mit Nichts vergleichen lassen, als vielleicht mit einer Homerischen Jornee-Rede Zeus Kronions, wenn ein solcher Vergleich statthaft ist. Der Linguagraph, ein einfacher Apparat aus harmonischen Röhren, Trichtern, eingeschobenen Phonogrammen und einer Klaviatur, außerdem mit einer nach außen gebenden trompetenartigen, rückwärts geneigten Mündung, bricht z. B. beim Herannahen eines Zuges mit Donnerstimme in das Wort „Tunnel“ aus und zwar mit solcher Gewalt, daß nicht allein die Beamten, denen das Signal in erster Linie gilt, sondern alle Passagiere des Zuges es hören und der Schall weit ins Land hineinklingt. Ebenso wird den Bremern das Wort „Bremsen“ zugerufen. Kurz, alle die bisherigen Pfeifen- und Sirenen, eine Quelle zahlreicher Irrthümer für neue Bedenke, werden durch Worte ersetzt werden. Auch die Stationen sollen, wenn die Erfindung sich bewährt, von der Lokomotive während der Fahrt angezeigt, d. h. abgerufen werden. Die Klänge, welche sich an diese, bereits bis zur Patentierung der Erfindung verwickelte Idee knüpfen, sind begrifflicherweise äußerst hochfliegend; man spricht von wichtigen Mittheilungen, welche sich begehende Züge einander zurufen können, von der Verabreichung der Fahrgäste, die nicht über jedes Signal zu erschreden brauchen, weil sie es verstehen, und bei naher Gefahr in deutlichen Worten verständigt, gemahnt und unterwiesen werden können, ob „sitzen bleiben“ oder „ab-springen“ das Beste ist. Die erste „sprechende“ Lokomotive wird, wenn die Erfindung zum Gebrauch reif ist, ein neues Weltwunder darstellen, das indes bald genug anderen Neuerungen, welche jetzt noch Träume sind, seinen Rang wider abtreten müssen. — Wohin werden wir noch gelangen? — Der Spul von Resau, über den wir seinerzeit berichteten, kam am Mittwoch dieser Woche in der Verzugsanstalt zur Verhandlung. Neues trat nicht zu Tage; der Pfarrer Müller erklärte, daß er nach dem Leben einiger Bruchstücke jetzt vollständig zu der Ueberzeugung gekommen sei, ein Spul habe in Resau sein Wesen getrieben und ihm die Körschiben und Kartoffeln, die Präpferne und den Schinkenknochen an den Kopf geworfen. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht nicht an, sondern hält das erstinstanzliche Urtheil für begründet und wies die Berufung zurück. Der Dienstrecht Karl Wolter wird also einige Wochen in stiller Zurückgezogenheit zubringen müssen, wo er dann einen neuen „Spul“ erlernen kann. — Aus London wird der „Täg. N.“ berichtet: Es ist geradezu unglaublich, wie viel altes Gerämpel von früheren Rechtsankämpfungen im modernen England noch in Geltung ist. Das erfahren wir wieder durch die Angriffe, mit welchen der „Globe“, die bekannte Abendzeitung, die Veröffentlichung eines derartigen Falles begleitet.

Es hat sich nämlich herausgestellt, daß Lehrlinge in der City irgend eines kleinen Verhältnisses wegen ohne Richter und Verhör, nur auf die einfache, nicht einmal beschworene und von keinem Zeugen erklärte Aussage ihres Lehrmeisters noch heutzutage von dem City Chamberlain zu zwei-, drei- oder vierwöchentlicher Einzelhaft verurtheilt werden. In ihrer engen Zelle, wo sie die schlechteste Kost erhalten, müssen sie, ohne einen anderen Menschen als einen Gefährten für eine halbe Stunde täglich zu sehen, Tag und Nacht verbleiben, wobei es ihnen auch nicht gestattet ist, auch nur für kurze Zeit Bewegung und frische Luft zu genießen. Der Vater eines so mishandelten Knaben, der durch diese Strafe, sowie durch die schlechte Nahrung schwach und krank seine Zelle verließ, wandte sich an die genannte Zeitung, welche dann die Sache näher untersuchte. Es hat sich herausgestellt, daß der Knabe einen ihm gegebenen Auftrag auszuführen vergessen hatte, wofür ihn sein Herr, der ihm nicht wohlwollte, zur Anzeige brachte. Das Geheiß, nach welchem er seine Strafe erlitt, datirt aus dem Jahre 1666 und war geschaffen worden, weil die Lehrlinge zu jener Zeit sehr aufständisch waren, sich in Vandalen zusammenstießen und bewaffneten. Sir Walter Scott giebt in seinem Roman „The Fortunes of Nigel“ einen anschaulichen Bericht dieser Zustände. Das Geheiß wurde, wie dies hier so oft der Fall ist, nicht nur nicht aufgehoben, sondern auch nicht einmal stillschweigend außer Gebrauch gesetzt. Nun aber wird hoffentlich der Ansturm der Öffentlichkeit auf diesen seltsamen Ueberbleibsel aus einer längst veralteten Rechtspflege ein Ende machen. — Wir haben bemerkt bei uns auch noch viel derartiges altes Gerämpel, welches gelegentlich bei Bedarf von sündigen Staatsanwälten aus der Rumpelkammer hervorgeholt und in Anwendung gebracht wird.

**Literarisches.**

— Von der „Neuen Zeit“, Stuttgart, Verlag von J. D. B. Dierk, ist das 3. Heft des 7. Jahrgangs erschienen. Inhalt: Abhandlungen: Die Kastenorgane von 1789. Zur hundertjährigen Gedenkfeier der großen Revolution. Von Carl Rautsch. (Fortsetzung.) — Die Rechnungsberichte der deutschen Reichs-Verwaltungsstellen im Jahre 1887. — Emanuel Hans Sar' Hausindustrie in Thüringen. III. Theil. Vorträge von Dr. Bruno Scherrenk. Eisen und Röhren. Von Paul Ernst. — Zum sozialistischen Gedankensystem. — Literarisches Rundschau: Theodor Curti, Stimmungen und Gedanken. — Kritiken: Statistik der Verdrehen und Bergzügen im Reich von 1882 bis 1887. — Die Gemeindefauna. — Die Kritik in den englischen Trade-Unions. — Der Verbrauch der Kohle. — Die Bevölkerung Serbiens. — Die Maschinenrie in der Baumwollspinnerei. — Der „Neuen Zeit“, die jetzt im 7. Jahrgange erscheint, widmet die „Hess. Ztg.“ folgende Besprechung: „In dieser Stelle wurde vor etwa fünf Jahren ein Unternehmen auf's Feinste besprochen, welches in der Neuinventur einer demnachstigen Aufhebung der Dinge endlich auch einen Platz zu lassen versprach: Die „Neue Zeit“. Heute des zeitigen und öffentlichen Lebens. (Stuttgart, Verlag von J. D. B. Dierk.) Der erste Jahrgang versprach damals das Beste, und der letzte, der jetzt abgeschlossen vor uns liegt aus dem Jahre 1888, hat mit seinen Vorgängern Alles gehalten, was man erwarten konnte. Es mag nicht leicht gewesen sein, den Platz, auch materiell, zu behaupten neben jenen Monatsheften, die seit langem in der geistig hochthätigen Welt eingeführt und bekannt, zu Mitarbeitern die ersten Geister unserer geistigsten Schriftstellers haben und auch in beständiger Hinsicht noch jetzt der „Neuen Zeit“ weit voraus sein mögen. Aber die „Neue Zeit“ bürgert mit ihrer Darstellungsweise und Lebensfähigkeit darin, daß sie sich einen ganz besonderen Charakter faßt und bewahrt, der sonst in der Neuinventur nicht vertreten ist, daß sie also originell war und bleibt. Die Originalität ist ihr sozialer Charakter. Alle ihre Beiträge sind bestimmt, daß Verhältniß für die sozialen Bewegungen der Gegenwart in hundertfacher Form zu vermitteln, und zwar nach der durchaus vollkommene Seite hin. Was das eine heißt, einen Aufsatz zu mehreren Heften, das zweite einen geistreichen Essay über ein höchst wichtiges Thema, das dritte ethnographische oder geographische, das vierte wirtschaftliche oder historische Beiträge bringen — niemals fehlt die soziale Begehung, die an dem grade behandelten Gegenstande hervorgerufen wird. Wir möchten behaupten, daß, wer sich ein unbefangenes Urtheil über die heutigen Vorgänge im geistigen und öffentlichen Leben wachen will, sich ein Korrelatives der Darstellungen von anderer Seite gegenüber auch fortwährend bedarf. Denn die sozialen Gegenstände erregen auch auf literarischem Gebiete vielfach Erörterungen und Widerwärtigkeiten, die gelöst sein wollen. Keinem ist schwerer, sich die „Neue Zeit“ aus, aktuellen Stoffen mehr als früher gerecht zu werden, wie die Aufsätze über Eisenbahnen, zur Gedenkfeier an Ulrich von Hutten, über Alters- und Invalidenversicherung und Ähnliches beweisen. Die literarische Rundschau weiß den Lesern sehr gefällig aus der Fülle moderner Publikationen das Beste für sie zu bezeichnen, und die hoffreichen Schlußnotizen jedes Monatsheftes dürfen als Epäure zur Kulturgeschichte unserer Zeit bezeichnet werden. Mitarbeiter sind die alten Kämpfer demokratischen Gedankens geblieben und immer mehr die Jungen aus der naturwissenschaftlich-ökonomischen Schule der Gegenwart geworden. Dem Besonderen fehlt die Berlagsbuchhandlung auch immer so „vollständig“, daß es der „Neuen Zeit“ an neuen Freunden und Gönnern nicht fehlen kann.

**Was war' der Mensch.**

Was war' der Mensch allein auf dieser Erde, Wo ihm das Dasein schön und herrlich fällt, Wenn ihm die Fremde fehlt, der Geliebte, Wie weit hat' er allein es wohl gebracht? — Wie läß es aus, wenn ihm nur seine Hände — Nur er allein die Wohnung mühte dau'n. Wenn er dazu nicht an'd'r Kräfte fände? Kein Schloß und kein Palast war' da zu schau'n!

Er hätte nicht in weidvermählten Trüben Ziel beschritten, Gold und Geheiß, Er könnte nicht auf weichen Stufen ruhen Und auch nicht hinter römischen Wandeln sein. Die oft war' ihm die Zahl knapp bestellt Und auch, gewiß, Vorfahren würden sein, Kein hübscherer Arm, der Wache hält, Wollt' ihn ein Häuflein sich zum Rabe wählen.

In steter Arbeit müht' er sich bemühen Daß ihm sein Arm das Nöthigste nur schafft, Er könnte nicht für Edders erdulden, Sein Geißel, er läß in enger, dunkler Daß. Er könnte nicht in ferne Weiten schau'n Und müßt' sein Dasein nur auf sich beschränken. Er könnte keinen Gott Tempel bau'n Und auch kein Schiff durch weite Meere lenken.

Verantwortlich für Redaktion: Emil Fischer; Druck und Verlag: J. Kühn, Dant-Wilhelmshaven.

Der Menschheit Strom ist's, dem wir es verdanken, Was Gutes uns und Verdrüss erlicht, Dem Einen legt das Leben enge Grenzen, Die Kraft der Masse ist's, die nie vergeht. Drum sei der Masse auch der höchste Preis Und nicht Gemüth dem Einzelnen gegeben, Denn, wer das Ganze weit gezogen weh, Wird auch als Theil recht glücklich sein im Leben.

**Jahrplan**

gültig vom 1. Oktober 1888 ab.

Wilhelmshaven-Bremen.						
	Wsp.	Wrg.	Borm.	Rdm.	Abd.	
Wilhelmshaven	Abf.	6.50	9.16	12.30	6.53	—
Varrensiel	—	—	9.24	12.27	—	—
Sanbe	Abf.	6.41	9.30	12.33	7.04	—
Sanbe	Abf.	6.44	9.34	12.37	7.09	—
Eisenbahn	—	6.53	9.44	12.45	7.18	—
Harz	—	7.08	10.05	1.00	7.34	—
Jaderberg	—	7.19	10.17	1.12	7.45	—
Hahn	—	7.29	10.28	1.22	7.55	—
Kalbe	—	7.38	10.38	1.30	8.05	—
Kalbe	Abf.	7.53	10.55	1.46	8.20	—
Oldenburg	Abf.	8.19	11.06	2.00	8.43	—
Wülfing	—	8.30	11.15	2.12	8.56	—
Hude	Abf.	8.44	11.28	2.25	9.08	—
Hude	Abf.	8.48	11.28	2.30	9.12	—
Gruppenbüren	—	8.57	11.40	2.39	9.20	—
Schierbrock	—	9.04	—	—	—	—
Teinendorp	—	9.14	11.45	2.54	9.34	—
Feidring	—	9.20	—	—	—	—
Luchting	—	9.28	9.05	—	3.05	9.45
Bremen-Neustadt	—	9.37	11.15	12.00	3.15	9.55
Bremen (Bent. Hst.)	Abf.	7.52	9.30	12.15	3.30	10.10

Bremen-Wilhelmshaven.

	Wsp.	Wrg.	Borm.	Rdm.	Abd.
Bremen (Bent. Hst.)	Abf.	6.55	11.22	1.10	5.04
Bremen-Neustadt	—	7.04	11.32	1.20	5.12
Sandlingen	—	7.17	11.48	1.33	5.24
Schierbrock	—	7.30	12.04	1.45	5.37
Gruppenbüren	Abf.	7.38	12.12	1.54	5.45
Hude	Abf.	7.42	12.16	1.59	5.46
Wülfing	—	7.54	12.28	2.11	5.54
Eisenbahn	Abf.	8.05	12.39	2.22	6.05
Oldenburg	Abf.	8.25	12.56	2.35	6.18
Kalbe	—	8.40	—	2.54	6.34
Kalbe	—	8.50	—	3.04	6.43
Jaderberg	—	8.59	—	3.14	6.52
Harz	—	9.15	—	3.32	7.08
Oldenburg	—	9.25	—	3.44	7.19
Hahn	Abf.	9.34	—	3.53	7.27
Sanbe	Abf.	9.38	—	3.58	7.33
Varrensiel	—	9.45	—	4.00	—
Wilhelmshaven	Abf.	9.52	—	4.10	7.47

Wilhelmshaven-Wittmund.

	Wsp.	Wrg.	Borm.	Rdm.	Abd.
Wilhelmshaven	Abf.	5.18	6.30	9.16	12.30
Varrensiel	—	5.27	—	9.24	12.37
Sanbe	Abf.	5.35	6.41	9.30	12.33
Sander-Busch	—	5.45	—	9.45	12.43
Offham	—	5.50	—	9.50	12.49
Feidring	—	6.02	—	10.00	12.49
Wittmund	—	6.13	—	10.13	12.50
Wittmund	Abf.	6.23	—	10.23	12.54
Wittmund	Abf.	6.46	—	10.40	1.01
Bereinigung	—	6.54	—	10.48	1.03
Wittmund	—	7.02	—	10.55	1.09
Wittmund	Abf.	7.10	—	11.04	1.17

Wittmund-Wilhelmshaven.

	Wsp.	Wrg.	Borm.	Rdm.	Abd.
Wittmund	Abf.	8.00	11.20	—	5.35
Wittmund	—	8.09	11.29	—	5.44
Bereinigung	—	8.17	11.37	—	5.52
Wittmund	Abf.	8.24	11.44	—	5.59
Wittmund	Abf.	8.34	11.55	1.25	6.25
Wittmund	—	8.44	12.05	1.35	6.35
Wittmund	—	8.50	—	1.40	6.40
Wittmund	—	8.59	—	1.49	6.49
Wittmund	—	9.09	—	1.59	6.59
Wittmund	—	9.19	—	2.09	7.09
Wittmund	—	9.29	—	2.19	7.19
Wittmund	—	9.38	—	2.28	7.28
Wittmund	—	9.45	—	2.35	7.35
Wittmund	Abf.	9.52	12.55	4.10	7.47

Jever-Carolinensiel.

	Wsp.	Borm.	Rdm.	Abd.
Jever	Abf.	6.27	10.33	8.10
Wittfeld	—	6.38	10.44	8.22
Zettens	—	6.50	11.00	8.45
Hohentriten	—	7.00	11.08	8.49
Garns	—	7.10	11.15	8.58
Carolinensiel	Abf.	7.21	11.27	9.07

Jever-Carolinensiel.

	Wsp.	Borm.	Rdm.	Abd.
Carolinensiel	Abf.	7.55	12.02	9.25
Garns	—	8.06	12.13	9.35
Hohentriten	—	8.15	12.30	9.45
Wittfeld	—	8.24	12.39	9.54
Jever	—	8.40	12.55	10.10
Jever	Abf.	8.50	1.05	10.20

**Jahrplan des städt. Dampfers „Edwarden“**  
zwischen Wilhelmshaven und Schwarzhöfen.  
gültig vom 15. Oktober 1888 bis 17. März 1889.  
Von Wilhelmshaven 11. — Borm. | Von Schwarzhöfen 7.30 Borm.  
4. — Rdm. |  
Die Anlegestelle des Dampfers befindet sich an der Nordmaole der neuen Hafenanlage.  
Fahrtpreis für die einfache Fahrt 1. Kajüte 60 Pf. 2. Kajüte 40 Pf. für Retourbillets 1. Kajüte 1 Mk. 2. Kajüte 0.90 Mk. — Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte der vorstehenden festgesetzten Fahrpreise.

**Täglich Linienfahrt**  
zwischen Schwarzhöfen und Nordenham.  
gültig vom 1. Oktober 1888 ab.

	Wsp.	Borm.	Rdm.	Abd.
Nordenham	Abf.	7.55	12.02	9.25
Nordenham	—	8.06	12.13	9.35
Nordenham	—	8.15	12.30	9.45
Nordenham	—	8.24	12.39	9.54
Nordenham	—	8.40	12.55	10.10
Nordenham	Abf.	8.50	1.05	10.20